

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



4/2003

Buchensee 1 ■ 82323 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

EU-Erweiterung:

Neue Grenzen – alte Werte?

Wenige Tage vor den Terroranschlägen in Istanbul und dem sich anschließenden Streit über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union thematisierte die Akademie auf einer Tagung in Regensburg die Frage nach den Werten in einer erweiterten EU. Die Diskussion der Europäischen Union über ihr Verhältnis zur Türkei drehe sich weniger um den eigentlichen Beitrittswunsch der Türkei, als vielmehr um die Suche nach einer europäischen Identität, so die Analyse des ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Mesut

Yilmaz während der Veranstaltung „Neue Grenzen, alte Werte?“. Damit verband er die beiden zentralen Themen der Akademieveranstaltung, der es neben der Politik gegenüber der Türkei auch um die Verhandlungen des europäischen Verfassungskonvents, um die Verankerung des Gottesbezugs in der Verfassung und um die Wertvorstellungen in den Ländern Mittel- und Osteuropas ging.

Siehe dazu auch das Presse-Echo auf Seite 23. Im nächsten Akademie-Report folgt ein ausführlicher Tagungsbericht.



Ein prominent besetztes Podium diskutierte im historischen „Salzstadel“ in Regensburg aktuelle Probleme der EU-Erweiterung und ihrer neuen Verfassung: (v.l.) Prof. Dr. Dieter Oberndörfer, der ehemalige türkische Ministerpräsident Dr. Mesut Yilmaz, Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter als Moderator, der Vizepräsident des Europäischen Parlaments Dr. Gerhard Schmid (SPD) sowie der Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger (CSU).

Foto: Braun-Lacerda

Gegen den Politikfrust

Der Zufall spielte eine große Rolle bei einer völlig neuen Tagungsdee. Die Dozenten der Akademie wollten einmal mit ganz normalen Wählerinnen und Wählern über deren Enttäuschung und Ärger über Parteien, Politiker und Politik



Hildegard Hamm-Brücher sparte nicht mit herber Kritik am Parteienstaat.

Foto: Schröder

reden und einen Dialog ermöglichen zwischen diesen Frustrierten und „denen da oben, die ja doch machen, was sie wollen!“ Eine per Zufall aus bayerischen Telefonbüchern ausgewählte, bunt gemischte Schar von über 200 Interessierten – darunter ein Drittel Schüler – meldete sich an. Das Experiment – in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Rundfunk – konnte beginnen. Berichte von den Arbeitskreisen und Podien ab Seite 3.

Der Direktor und das gesamte Team der Akademie wünschen allen Leserinnen und Lesern des „Akademie-Reports“ ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Neues Jahr. Wir bedanken uns bei allen Freunden und Förderern für die Anregungen und Unterstützung im vergangenen Jahr.

Inhaltsverzeichnis

Unzufrieden mit Politik - was tun?	3
Gesundheitspolitik: Bittere Arzneien sollen ein krankes System heilen	10
Deutsch-amerikanische Problemgemeinschaft	13
Nicht ohne meine Bürger	14
Staatsbewusstsein und Föderalismus in Bayern nach 1945	17
Amerikanische Bilderkultur und Kulturbilder	19
Im Land des Lächelns	20
Zwischen Politikanalyse und „Tümpelsafari“	21
Zeitungsecho – Medienstimmen – Pressesplitter	22
Themen – Tagungen – Termine	24
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	28

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter
Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans Maier
Vorsitzender des Beirats:
Siegfried Kett

Kollegium:
Klaus Grosch
Internat. Politik, Landeskunde, Sozial-
politik und -arbeit, Erwachsenenbildung
Prof. Dr. Peter Hampe, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung
PD Dr. Michael Piazolo, Dozent
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik
Dr. Michael Schröder, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Manfred Schwarzmeier
Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung
Dr. Jürgen Weber, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte
Karl-Heinz Willenborg
Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit
Miriam Wolf
Ethik und Politik
Organisationsreferat:
Elke Leisching
Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report
Herausgeber:
Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82323 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Redaktion:
Prof. Dr. Dr.hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)
Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)
Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**
Druck:
Offsetdruck Schwarz GmbH
Rohrauerstraße 70 81477 München
Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**
Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Unzufrieden mit Politik – was tun?

Ein Tagungsexperiment mit ganz neuen Gästen

Am Anfang war eine „Schnapsidee“. Doch je mehr die Dozenten der Akademie darüber nachdachten, um so konkreter und plausibler wurde sie: warum nicht einmal mit ganz normalen Wählerinnen und Wählern über ihre Enttäuschung und ihren Ärger über Parteien, Politiker und Politik reden? Wahlmüdigkeit, Frustration über den Reformstau, Skandale und Affären in der Politik häufen sich. Die Folge: immer mehr Menschen wenden sich ab vom politischen Geschehen. Wir wollten diese Bürger zum Dialog mit Politikern und Experten einladen. Eine durch Zufall aus bayerischen Telefonbüchern ausgewählte repräsentative Stichprobe erhielt unser Programm „Unzufriedenheit mit Politik – was tun?“. Die anfängliche Skepsis im Kollegium, ob das Verfahren funktionieren kann, wich bald großer Überraschung. Die Reaktion war überwältigend: knapp 200 Interessierte – darunter 60 Jugendliche) meldeten sich auf die Einladung nach Tutzing, 70 (20 Prozent Schüler) konnten an der Tagung teilnehmen. Das Experiment, in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Rundfunk, konnte beginnen.

Natürlich meldeten sich bei uns nicht Desinteressierte, die von Politik nichts mehr hören wollten. Aber es war ein quer durch alle Alters- und Berufsgruppen zusammengesetztes Seminar: so bunt, spannend und heterogen, wie wir es in der Akademie sonst selten sehen. Menschen aus ganz Bayern, die noch nie Gast einer Tutzinger Tagung waren oder von uns noch nie etwas gehört hatten.

Schwarze Schafe überbetont

Das war die Ausgangsfrage in sieben kleinen Arbeitsgruppen, die von den Dozenten moderiert wurden. Schnell zeigte sich eine differenzierte Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: keine pauschale Verurteilung aller Politiker, aber ein sehr kritischer Blick auf den politischen Betrieb auf allen Ebenen. Hier nur ein paar der am häufigsten geäußerten Stichworte: Unglaublichkeit, die enge Einbindung der Abgeordneten in Partei-, Fraktions- und Verbandsinteressen, fehlende Ehrlichkeit, persönliche Bereicherung, Spezial-Wirtschaft, Undurchsichtigkeit und fehlende Transparenz des politi-

schen Entscheidungsprozesses. Immer wieder wurde die Rolle der Medien kritisiert, die mit ihrem Scheinwerfer die „schwarzen Schafe“ beleuchten und damit überbetonen. Dieser Negativismus der Journalisten sei auch ein Grund für das schlechte Ansehen der Politiker.

Manche Gruppen beließen es nicht bei kritischer Analyse, sondern machten auch Vorschläge für Reformen des politischen Systems:

- Begrenzung der Amtszeiten
- mehr Elemente der direkten Demokratie und Einfluss auf die Kandidatenlisten der Parteien
- weniger hohe Altersversorgungen und Übergangsgelder für Abgeordnete und Minister
- mehr Chancen für Quereinsteiger in der Politik
- und schließlich die Forderung nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit, die jederzeit eine Rückkehr in den erlernten Beruf ermögliche. Politiker durften nicht an ihren Sesseln kleben, nur weil sie nichts anderes gelernt haben.

Immer wieder forderten gerade die Schüler und Jugendlichen mehr politische Bildung und verbesserte Politikinformationen an den Schulen.

Michael Schröder



Beim kleinen Gartenfest an einem lauen Sommerabend kamen die Tagungsgäste schnell miteinander ins Gespräch.

Fotos: Salvermoser/Schröder

Machen Medien Politik?

Sigmund Gottlieb, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens und „Tagesthemen“-Kommentator brachte das Dilemma auf den Punkt: „Mit Personalisierung, Skandalisierung und Emotionalisierung der Politik benutzen wir einen Aus- und Umweg, weil wir oft nicht über Inhalte und Lösungen berichten können.“ Er übernahm damit für seine Medienkollegen auch ein Stück weit Schuld und Verantwortung für das schlechte Erscheinungsbild der Politiker in der Öffentlichkeit. Der prominente Fernsehjournalist erwies sich im kleinen Kreis und im Plenum als Medienkritiker: „Oft genug produzieren Politiker nur Sprechblasen, weil ihnen irgend jemand ein Mikrofon unter die Nase hält. Sie wollen reden, sagen aber nichts.“ Dass diese Wortschüsse trotzdem gesendet werden, führt Gottlieb auf die Konkurrenz im dualen System zurück: „Wenn wir es nicht tun, macht es halt ein anderer.“ Er gestand zu, dass man Politiker einfach mal etwas länger in Ruhe lassen und über Lösungen nachdenken und verhandeln lassen sollte, statt sie täglich mit Fragen zu konfrontieren, die sie ohnehin nicht beantworten können und wollen.

Kritik übte der Fernsehmann aber auch an den PR-Abteilungen der Parteien und Staatskanzleien: „Sie legen mit ihren Polit-Inszenierungen Leim- und Honigspuren aus, auf die wir gehen sollen. Meistens tun wir es auch.“ So werden Themen gesetzt und öffentliche Images geprägt. Die Journalisten werden so zu Wasserträgern der Werbestrategen in den Parteizentralen de-

gradiert. Themen „höher oder tiefer hängen“ könne man nur in nachrichtenschwachen Zeiten.

Die Macht der Bilder beim Fernsehen bestimmt nach Gottlieb auch die Nachrichtenauswahl und damit wesentlich das Bild von Politik und Politikern in der Öffentlichkeit. Er beklagte einen generellen Rückgang des Politischen im durch Einschaltquoten regierten, unterhaltungsorientierten Medium Fernsehen.

Michael Schröder



Sigmund Gottlieb sprach vor den Mitgliedern seines Arbeitskreises nicht mit medienkritischen Anmerkungen.

Selbstbedienungsladen Politik?

Erwartungsgemäß bildete bei der Arbeitsgruppe, die Politik unter der provokanten Überschrift „Selbstbedienungsladen“ analysierte,

die Entlohnung der Abgeordneten einen Schwerpunkt. Dabei herrschte weitgehend Einigkeit, dass die Höhe der Abgeordnetendiäten weniger pro-

blematisch sei als deren zu üppige Altersversorgung. Hier müsse gekürzt werden. Eine Anregung betraf die Kopplung von Diäten an messbare Leistungen. „Ein schwieriges Unterfangen“, wie Experte Heinrich Oberreuter bemerkte, da dies nur auf der Grundlage konkreter Kennzahlen möglich wäre. Außerdem sind Leistungen z. B. im Gesetzgebungsprozess nicht immer eindeutig Personen zuzuordnen. Dass das Volk die Politiker bekomme, die es verdiente, war ein oft zitiertes Satz. Der „Selbstbedienungsmentalität der Bürger“ entsprechend wurde dann auch der „Selbstbedienungsladen Politik“ als eine Erscheinungsform des gesellschaftlichen Werteverfalls gewertet. Auch hier müsse man differenzieren, so Oberreuter. Das Problem bestehe darin, die Grenzlinie zwischen notwendiger Kontaktpflege z. B. zur



Heinrich Oberreuter mahnte in seinem Arbeitskreis „Selbstbedienungsladen Politik“ Differenzierungen an.

Wirtschaft einerseits und Korruption andererseits zu beachten. Weiterhin wurde das Denken vieler Politiker in Legislaturperioden beklagt. Drängende Probleme würden auf die lange Bank geschoben, Nachhaltigkeit spielt dabei offensichtlich keine Rolle. Die nächsten Generationen hätten dann die Rechnung zu bezahlen. Neben der die Wirklichkeit verzerrenden Rolle der Massenmedien wurde von den Teilnehmern auch die Frage aufgeworfen, ob die Politik nicht für zu vieles verantwortlich gemacht werde. Die Meinungen hierzu reichten vom Wunsch nach Allzuständigkeit der Politik bis zur Forderung, sie sollte sich doch wieder mehr auf ihre Kernbereiche beschränken.

Manfred Schwarzmeier



Eine umfangreiche Stichwortsammlung präsentierten die Teilnehmer zu Beginn der Tagung: Warum sind wir politik(er)-verdrossen?

Familie im sozialen Abseits?

Auf die Formel „Familie ist, wo Kinder sind“ wollte sich der damalige bayerische Sozial-Staatssekretär Georg Schmid auf keinen Fall einlassen. Zwar habe er in der Praxis sehr schnell gemerkt, dass er allein mit dem konservativen Familienbild nicht weiter komme, aber am Dreiklang „Vater, Mutter, Kinder“ als Idealvorstellung von Familie hält er nach wie vor fest.

Schmid erwies sich als detailreicher Kenner der vielen Probleme von Familien: finanzielle Schwierigkeiten, mangelnde soziale Anerkennung, organisatorische Probleme bei der Kinderbetreuung, Mangel an geeignetem Wohnraum. Dabei verwies er aber auch auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Familien auf dem Land und in der Stadt. Besonders durch die angespannte Situation in München sei Oberbayern ein Sonderfall geworden, der die Wahrnehmung der familienpolitischen Herausforderungen beeinflusse. Hier habe sich in den letzten Jahren vor allem die Betreuung der Kinder unter drei Jahren zum zentralen Problem entwickelt.

Wie diese Probleme praktisch aussehen, schilderte eine Teilnehmerin, die für die Betreuung ihrer Kinder einer Tagesmutter etwa jenen Betrag zahlen

müsste, den sie selbst durch ihre Arbeit verdiente, der sie wiederum erst nachgehen könnte, wenn die Betreuung sichergestellt sei. Wenn sie dagegen ihre Kinder selbst versorge und da-

Versicherungsleistungen ab. Dies sei noch unrealistischer als ein ohnehin nur schwer finanzierbares Familien geld.

Auf die Frage aber, warum Drucker-papier steuerlich als Werbungskosten absetzbar sei, Kinderbetreuungskosten aber nicht, wusste auch der Staatssekretär keine Antwort und musste einräumen, dass im Steuersystem über alle Parteigrenzen hinweg zuwenig für die Familien getan worden sei. Hier stehe man vor der schwierigen Frage, ob die Lasten gleichmäßig auf alle verteilt werden sollten, oder ob man Familien für ihren regenerativen Beitrag „belohnen“ bzw. Kinderlose „bestrafen“ wolle.



Staatssekretär Georg Schmid: im Steuersystem wird über alle Parteigrenzen hinweg zuwenig für die Familien getan.

durch auf die Berufstätigkeit verzichte, bekomme sie keinerlei Entlohnung und sei auf die Unterstützung durch Sozialhilfe angewiesen. In einer finanziellen Entlohnung der Arbeit als Hausfrau und Mutter sah sie den Schlüssel. Auch Schmid bezeichnete ein erhöhtes Familiengeld im Prinzip als begrüßenswert, lehnte aber ein existenzsicherndes Familiengehalt inkl.

Imagekampagne – keine staatliche Aufgabe

Dass es aber nicht zwangsläufig finanzielle Überlegungen sind, die die Entscheidung zu Ungunsten von Kindern beeinflussen, zeigt sich an der relativ großen Zahl kinderloser Paare mit hohen Einkommen. Eine von den Teilnehmerinnen geforderte Imagekampagne für die Familie, die geeignet wäre Kinderfreundlichkeit – und damit vielleicht auch die Geburtenzahl – zu sti-

gern, betrachtete der Vertreter der Staatsregierung jedenfalls nicht als staatliche Aufgabe. Gegen die verdeckte, informelle Diskriminierung z. B. von Familien bei der Wohnungssuche helfe kein Fernsehspot. Dies sei Bürgersache.

Und so brachte Schmid eine vernünftige und moderne Familienpolitik auf drei Kernpunkte, denen sich die Arbeitsgruppe ohne Zögern anschließen konnte: Familien dürfen sich mit Kindern kein Armutsrisko einhandeln, Familien- und Berufsleben müssen besser vereinbar sein und die Wertschätzung für Familie muss gesteigert werden.

Wie diese Ziele konkret erreicht werden sollten, darüber herrschte allerdings wenig Einigkeit unter den zwölf Diskutanten – unter denen im Übrigen nur zwei Männer waren –, ein kleiner Beleg für nur eines der vielen Probleme, mit denen Familien heute kämpfen müssen, egal wie man sie definiert.

Miriam Wolf /
Michael Piazolo

Der „selbstgebackene“ Idealpolitiker Wünsche und Visionen des Publikums

Sehr umfanglich waren die Wunschlisten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den idealen Politiker bzw. die Politikerin. Da wurden vor allen Dingen mehr Ehrlichkeit, Sachlichkeit und Bürgernähe gefordert. Die Unabhängigkeit von Partei- und Verbandsinteressen stand ebenso ganz oben auf der Liste der Forderungen wie Sachkompetenz, Fähigkeit zur Selbstkritik und Durchsetzungsvermögen. Aber auch äußerliche Merkmale

spielen keine ganz nebensächliche Rolle; ein sympathisches und gepflegtes Äußeres gehören ebenso zum Idealbild wie angenehme Sprache und souveränes Auftreten. ms



Kopf, Hände, Herz,
Bauch und Füße dieses
„idealnen Politikers“
wurden in einem
Arbeitskreis mit
wünschenswerten
Merkmälern gefüllt



Präsentierten eine satirische Stubnmusik der besonderen Art: die Mitglieder der Couplet-Arterhaltungsgesellschaft. Annamirl Spies und Jürgen Kirner (vorne), dahinter Hans Dettendorfer an der Gitarre und Bernhard Grube (Diatonische und Maultrommel).

Ein bitterböser Heimatabend Kabarett mit der Couplet-AG

Diese AG spricht sich „Arterhaltungsgesellschaft“. Die Münchner Gruppe zählt seit zehn Jahren zu den erfolgreichsten Musikabettgruppen Bayerns und wird von den Kritikern immer wieder als Meister des Spotts gefeiert. Ihre vier Mitglieder haben die traditionelle Liedform des Couplets entstaubt und mit neuem Leben gefüllt. Bewaffnet mit Diatonischer, Gitarre und Maultrommel ziehen sie in die Schlacht: Schonung gibt es für nichts und niemanden, wenn sie mit untrüglichem Blick die Abgründe der bayerischen Volksseele beleuchten. Mit absoluter Treffsicherheit wird gnadenlos abgerechnet, egal ob es um Renate Schmidt, Edmund Stoiber oder Wolfgang Hoderlein geht. Aber die Couplet-AG nimmt nicht nur die große Politik aufs Korn: auch Esoteriker mit ihrem Allheilmittel „Eigenurin“, die „volkstümliche Hitparade“ oder Männer mit Jogginghosen werden kräftig durch den Kakao gezogen. Und wenn die Couplet-AG „Verdienst“-Orden verleiht, werden sie hinterher wieder eingesammelt: denn schließlich ist es ja eine Verleihung und keine Verschenkung. Im vollbesetzten Großen Saal der Akademie erklatschte das Publikum eine halbe Stunde Zugaben. ms

Der Tourplan für das neue Programm „Pressack Royal“ steht im Internet unter www.couplet-ag.de

Sind unsere Lebensmittel noch sicher?

Auf dem Höhepunkt der BSE- und Schweinepest-Krisen wäre diese Arbeitsgruppe zur Lebensmittelsicherheit mit der Landtagsabgeordneten Ruth Paulig (B90/Grüne) sicher schnell überfüllt gewesen. So aber fanden sich nur knapp zehn Personen zum Gedankenaustausch mit der Expertin aus der Politik ein. Damit gehörte diese Gruppe zu den kleineren.



Ruth Paulig (B90/Grüne): Lob für das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Das Gespräch konzentrierte sich zunächst auf die Problematik von Zusatzstoffen in Lebensmitteln. Die Position, dass der Staat hier mit stärkerer Regulierung für die Sicherheit der Konsumenten sorgen soll, wurde auf besonders gefährliche und eindeutig gesundheitsschädliche Substanzen eingeschränkt, im übrigen setzte man auf die Entscheidungsfreiheit des Verbrauchers. Er müsse aber, um mit dieser Freiheit verantwortlich umgehen zu können, besser informiert werden über das, was in seinen Lebensmitteln alles steckt. Auf der Produktverpackung könne man das wohl nur mit den gängigen lebensmitteltechnischen Abkürzungen unterbringen.

Ein Vorschlag aus der Gruppe wurde von Ruth Paulig interessiert aufgenommen: Gerade für die an Zahl zunehmenden Allergiker wäre es hilfreich, wenn in den Einzelhandelsgeschäften eine Liste zum Nachlesen vorhanden wäre.

Dass der Teufel im Detail steckt, zeigte sich bei der Frage „Fluorierung des Trinkwassers, ja oder nein?“ Die Meinungen, ob das sinnvolle staatliche Vorsorge oder Zwangsmedikation sei, waren durchaus geteilt.

Zum Thema Biolandbau versus konventioneller Landbau führte Ruth Paulig aus, dass es zahlreiche Untersuchungen und Belege dafür gebe, dass Ökolandbau umweltfreundlicher ist. Was es bisher nicht gebe, seien langfristig angelegte Vergleichsuntersuchungen, die einen klaren Zusammenhang zwischen bestimmten Anbausformen und gesundheitlichen Vorteilen für den Konsumenten zeigen könnten.

Zu Informationen über Schadstoffbelastungen in Lebensmitteln lobte die

Abgeordnete das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, das alljährlich einen sehr informativen Jahresbericht herausgabe, noch dazu kostenlos (<http://www.luas.bayern.de/>) Er wurde für alle Interessierten bestellt und ihnen zugeschickt.

Die in der Arbeitsgruppe gegebene Gelegenheit, Politiker aus der Nähe kennen zu lernen, fernab von medial vermittelten Kontroversen, die oft als Schaukampf erlebt werden, wurde allgemein sehr positiv aufgenommen. In diesem Teil der Veranstaltung konnte die Distanz zwischen Politik und Bürgern sicher ein Stück weit verkleinert werden.

Karl-Heinz Willenborg

Geht uns die Arbeit aus?

Das Arbeitsthema fand bei den unterschiedlichsten Tagungsgästen lebhaftes Interesse. So repräsentierten die zugelassenen 12 Teilnehmer – vom Politik-Studenten über Behördenvertreter zur Heilpraktiker-



Joachim Wahnschaffe (SPD): „Es ist besser, die Arbeitsaufnahme zu fördern als das Spazieren gehen zu finanzieren.“

in, vom Kunststoffverarbeiter über eine Graphikerin bis zum (in Konkurs geratenen) Betriebsleiter – ein breites Spektrum unserer Gesellschaft.

Die lebhafte Diskussion mit Joachim Wahnschaffe (SPD), dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, konzentrierte sich auf die Beschäftigungsmöglichkeiten der Geringqualifizierten und auf die Lehrstellenfrage. Wahnschaffe sprach sich für verstärkte Ausbildungsanstrengungen schon vom Kindergarten an (deutsche Sprache lernen) aus. Er unterstützte die These, dass es besser sei, die Arbeitsaufnahme zu fördern als das Spazieren gehen zu finanzieren.

Die Lehrstellendefizite sind natürlich vor dem Hintergrund unsicherer wirtschaftlicher Erwartungen zu sehen. Wahnschaffe begrüßte das „Jump-Programm“ der Bundesregierung, das jedem Ausbildungswilligen eine Ausbildung ermögliche, wenn auch nicht immer im dualen System. Eine Zwangsabgabe für nicht-ausbildende Unternehmen würde eher falsche Anreize setzen.

Trotz aller Arbeitsmarktprobleme endete die Diskussion mit einem Hoffnungsschimmer: Die (Erwerbs-)Arbeit wird uns langfristig nicht ausgehen, auch wenn wir die Löhne nicht auf Peking-Niveau absenken.

Peter Hampe

Generationen im Gespräch

„Machen statt meckern“ ist das Motto von Anna Lührmann. Für sie stellt sich die Frage der Moderatorin und Chefredakteurin des BR-Hörfunks, Mercedes Riederer, „Lohnt sich die Einmischung noch?“ nicht: Anna Lührmann wurde 2002 mit 19 Jahren als jüngste Abgeordnete für Bündnis90/Die Grünen in den Bundestag gewählt. Und auch Hildegard Hamm-Brücher, inzwischen 82 Jahre alt, mischt sich immer noch ein. Wenn auch nicht mehr in ihrer FDP, der sie wegen der Möllemann-Affäre jüngst nach 55 Jahren Mitgliedschaft endgültig den Rücken gekehrt hat. Die zwei Frauen kennzeichnen das breite Altersspektrum der Abschlussdiskussion „Generationen im Gespräch“.

Für Hamm-Brücher und Hans Maier (72), den ehemaligen bayerischen Kultusminister, waren es die Erfahrungen der Nazidiktatur und das Erleben des Versagens von Parteien und Kirchen gegenüber dem braunen Terror, die beide zu politischem Engagement nach Kriegsende in der noch jungen Demokratie antrieben. Hildegard Hamm-Brücher, die als Studentin zum Kreis der „Weißen Rose“ gehörte, findet, dass das Motto der Geschwister Scholl „Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit“ an Aktualität nichts verloren hat. Heute braucht es diese schrecklichen Erfahrungen allerdings nicht mehr.

Anna Lührmann reicht der „leidenschaftliche Antrieb aus einem wichtigen Thema“ heraus. Bei ihr waren es die Gefahren einer zunehmenden Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Ulrich Lechte, der Landesvorsitzende der Jungen Liberalen in Bayern, kennt keinen solchen inneren Antrieb: er will Dinge vorantreiben und sich einfach beteiligen, etwa in der Sozial- und Gesundheitspolitik, für ihn ein zentrales Politikfeld der Zukunft. Der 26-Jährige Politikstudent kandidierte für den Bayerischen Landtag.

Nicht ganz einig waren sich die Diskutanten, ob politisches Engagement immer auch parteipolitisches Engagement bedeuten muss. Lechte meint ja, sieht aber Ausnahmen in der Kommunalpolitik. Hamm-Brücher riet jungen Leuten, sich eher in Initiativen zu or-

ganisieren, wo schneller konkrete Erfolge zu sehen seien. Ihre Kritik am Parteiensystem ist unvermindert harsch: „Die Parteipolitisierung hat ein unerträgliches Ausmaß angenommen. Die-

mehr möglich.“ Für den Politikwissenschaftler Hans Maier gibt es zur Parteidemokratie keine Alternative: „Sie ist die Grundlage – was sonst?“ Er sei zwar als Parteiloser in die Politik gegangen, habe aber einsehen müssen, dass man in der Partei mehr bewirken konnte. „Bei den Kleinen noch mehr als bei den Großen.“

Ebenfalls keine Einigkeit gab es bei der Frage, ob sich Politiker zuerst in einem Beruf bewähren müssen. Hans Maier kritisierte die erforderliche „Gremien-Nachhaltigkeit“ der Nachwuchspolitiker: „Wer es in den Gremien der Partei am längsten aushält, ist am erfolgreichsten.“ Für ihn ist klar: „Politiker sollen sich erst im Beruf bewähren. Keiner sollte wegen der Abhängigkeit vom politischen Amt erpressbar sein.“ Für ihn sind die USA in dieser Hinsicht ein Vorbild: „Dort ist der Wechsel zwischen Wirtschaft,



Generationen im Gespräch: Jugendliche präsentieren Staatsminister a.D. Hans Maier (72, Mitte) und der jüngsten Bundestagsabgeordneten Anna Lührmann (20) ihre Idealvorstellung vom Politiker.

Hildegard Hamm-Brücher: „Die Auswahl unserer Politiker ist das Schlüsselproblem – und ein Trauerspiel.“



Hildegard Hamm-Brücher: „Die Auswahl unserer Politiker ist das Schlüsselproblem – und ein Trauerspiel.“

Wissenschaft und Politik jederzeit möglich. Das ist entscheidend.“ Lührmann sieht das naturgemäß etwas anders. Für sie als junge Abgeordnete, die noch studiert und die direkt vom Abitur in den Bundestag einzog, muss auch ihre Generation politisch repräsentiert sein – und das funktioniert nun einmal nicht mit gleichzeitig 20-Jähriger Berufserfahrung.



Anna Lührmann: „Machen statt meckern.“

Hamm-Brücher beklagte die „schreckliche Karriere“ vom Assistenten im Abgeordnetenbüro zum Mandatsträger: „Die Auswahl unserer Politiker ist das Schlüsselproblem – und ein Trauerspiel.“ Die Parteilisten seien keine „lebendige Auswahl“. Sie forderte mehr offene Kandidaturen und Vorwahlen; sprich: mehr Beteiligung der Bevölkerung. Das bayerische Wahlrecht, das den Bürgern mehr Möglichkeiten gibt, die vorgegebenen Listen der Parteien „durcheinander zu häufeln“, hätte sie gerne als Vorbild für den Bund.

Auch in dieser Runde wurden die Auswüchse der Mediendemokratie (siehe auch den Beitrag „Machen Medien Politik?“) und ihre Auswirkungen auf das Politiker-Image beklagt. Hans Maier meinte, „ein Auftritt bei ‚Christiansen‘ ist doch inzwischen wichtiger als ausgefielte Rechenschaftsberichte vor Parteitagen.“ Das direkte Gespräch sei dem medienvermittelten gewichen. Und Ulrich Lechte kritisierte die „Informationsdiät“ und die nichtssagen den „Eins-Dreißig-Aussager“ in Nachrichtensendungen.

Michael Schröder

Welche Schule brauchen wir in Zukunft?

Zur Überraschung des Moderators fanden sich fast alle bei der Tagung anwesenden Schüler – die meisten aus der gymnasialen Oberstufe – in der Arbeitsgruppe „Bildungspolitik“ ein. Nur zwei ältere Teilnehmerinnen interessierten sich ebenfalls für das Thema. Offensichtlich war den Schülern die Schule wichtig genug, um auch in ihrer Freizeit auf der Tutzinger Tagung in einen Gedanken- und Erfahrungsaustausch untereinander und später mit dem eingeladenen Experten, dem Landtagsabgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden des Bildungsausschusses, Siegfried Schneider (CSU), einzutreten. Sie wollten aber keineswegs über die sattsam bekannten bildungspolitischen Dauerbrenner wie zum Beispiel Gesamtschule, Ganztagschule, Pisa-studie, Reformen im Grund- und Hauptschulbereich oder gar die Entbeamung der Lehrer diskutieren, sondern brachten engagiert Verbesserungsvorschläge aus ihrer konkreten schulischen Erfahrungswelt zur Sprache. Die Lernmittelfreiheit und wie sie sich in der Realität in veralteten und abgegriffenen Schulbü-

chern zeigt, mehr Stunden für einen vertieften Sozialkundeunterricht und die Möglichkeit, auch die Lehrer – insbesondere die Referendare – aus Schülersicht zu evaluieren („um ihnen zu helfen“), waren die wichtigsten Themen der Gesprächsrunde. Mit Visionen wollten sich die bayerischen Schüler nicht abgeben. Die



Der Bildungspolitiker Siegfried Schneider (CSU) stand den meist jungen Teilnehmern der AG „Bildungspolitik“ als Experte zur Verfügung.

Foto: ms

Schule der Zukunft – so könnte man das Meinungsbild der anwesenden Schüler auf den Punkt bringen – kann so bleiben, wie sie ist. Nur besser muss sie werden und sollte den Schülern mehr Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnen. ■

Jürgen Weber



Zeichnung: Mester

Bittere Arzneien sollen ein krankes System heilen

Reformdiskussionen angesichts des demografischen Wandels

Erste Schritte auf dem Weg zur Gesundheitsreform sind verabschiedet. Weitere müssen folgen und werden diskutiert: Bürgerversicherung, Grundsicherung und Einheitsprämien sind die Schlagworte des öffentlichen Disputs. Noch lange bevor sich Regierung und Opposition auf Sofortmaßnah-

men einigen konnten, veranstalte die Akademie gemeinsam mit dem Münchner ifo-Institut für Wirtschaftsforschung eine Fachkonferenz zur Reform des Gesundheitswesens. Vorbereitung und Leitung der Tagung teilten sich Rigmar Osterkamp vom ifo-Institut sowie Peter Hampe und Karl-Heinz Willen-

borg von der Akademie. Auf hohem fachlichen Niveau diskutierte das Publikum mit den Referenten aus Politik, Verbänden und Wissenschaft. Aus Platzgründen beschränken wir uns auf eine Zusammenfassung der Referate aus dem Bereich Wissenschaft.

„Jedes Personalmitglied hat die Pflicht, für die Erhaltung seiner Gesundheit Sorge zu tragen. Im Krankheitsfalle wird die Lohnzahlung eingestellt. Es wird daher dringend empfohlen, dass jedermann von seinem Lohn eine hübsche Summe für einen solchen Fall wie auch für die alten Tage beiseite legt, damit er bei Arbeitsunvermögen und bei abnehmender Schaffenskraft nicht der Allgemeinheit zur Last fällt.“ So heißt es in einer Büroordnung aus dem 19. Jahrhundert.

Plädoyer für den Systemwechsel

Gefragt, wie sich sein Reformkonzept davon unterscheidet, antwortete Manfred Neumann: „Fast gar nicht.“ Nur setze er bei dem Bemühen, die Menschen zu einem gesundheitsbewussten und verantwortlichen Verhalten zu bewegen, mehr auf Anreize. Er sprach damit nicht nur für sich, sondern für sechs liberale Ökonomen, die sich im sogenannten Kronberger Kreis zusammengeschlossen haben. In ihrer gemeinsamen Studie „Mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb im Gesundheitswesen“ (siehe im Internet unter <http://www.stiftung-marktwirtschaft.de>) plädierten sie für einen Systemwechsel im deutschen Gesundheitswesen. Anders, so Neumann, sei den notorischen Effizienzmängeln und der tickenden demografischen Zeitbombe nicht beizukommen.

Ihr Vorschlag läuft darauf hinaus, das System der gesetzlichen Krankenkassen abzuschaffen und durch private Versicherungen abzulösen. Jeder Bürger muss eine Versicherung über Re-



Manfred Neumann: Notorische Effizienzmängel

gelleistungen abschließen. Gegen Zusatz-Prämien erwirbt man sich Anspruch auf weitere Leistungspakete. Die Beiträge hängen nicht länger vom Lohn ab, sondern von der Person, also Alter, Geschlecht und Gesundheitszustand bei Eintritt in die Versicherung. Neugeborene kommen zu einem reduzierten Tarif in die Kasse ihrer Eltern. Gesundheitsleistungen können grundsätzlich nicht ohne einen (gesetzlich festgelegten) Selbstbehalt in Anspruch genommen werden. Personen, die Beiträge oder Selbstbehalt nicht (ganz) zahlen können, werden aus öffentlichen Mitteln unterstützt.

Mehr Konkurrenz und Wettbewerb

Um wirklichen Wettbewerb in Gang zu setzen, muss ein Wechsel zwischen den privaten Kassen möglich werden. Das geht aber nur, wenn der Versicherte die in seiner Kasse für ihn gebildeten Altersrückstellungen (für die teuren Jahre vor dem Lebensende) in die neue Kasse mitnimmt. Gegen diese sogenannte Portabilität *individueller* Altersrückstellungen haben sich die privaten Kassen bisher gewehrt. Ihr Argument: Nicht kalkulierbar. Das ist laut Neumann nicht richtig, die Kassen wollen nur keinen Wettbewerb. Wenn dieser Wettbewerb funktioniert, können die gesetzlichen Krankenkassen (GKVs) allmählich in private überführt werden. Aber dann taucht das Problem auf, dass die GKVs bisher nach dem reinen Umlageverfahren arbeiten und keine Altersrückstellungen kennen. Das Vermögensdefizit beläuft sich auf geschätzte 410 Milliarden Euro! Wenn man das als einen Kredit des Staates betrachtet, könnte er in 28 Jahren mit einem jährlichen Zuschuss von 17 Milliarden Euro getilgt werden.

Blockade des Arbeitsmarktes

Dieses hier nur in einigen Kernelementen vorgestellte Konzept hat Berührungspunkte mit dem Ansatz des Sachverständigenrats für Wirtschaft. Beide

sehen im Gesundheitssektor eine weiterhin wirksame Kostendynamik. Sie kann schon jetzt durch die Politik der Kostendämpfung kaum noch im Zaum gehalten werden, obwohl die Hauptlast des demografischen Wandels die Sozialversicherungssysteme noch gar nicht erreicht hat. Mit der Abhängigkeit der GKV-Einnahmen von den Löhnen bedeuten steigende Beiträge immer auch steigende Lohnnebenkosten und blockieren so eine Erholung des Arbeitsmarktes.

Auch für den Rat ist der Wettbewerb zentral. Die schwierige Frage ist, wie er im Gesundheitswesen entfaltet werden kann. Der Rat sieht hier nicht, wie Martin Albrecht ausführte, die Patienten in der Schlüsselrolle (sie haben dafür zu große Informationsdefizite), sondern die Kassen. In einer Art Dreieckskonstruktion des Wettbewerbs sollen die Leistungserbringer (Ärzte, Krankenhäuser etc.) konkurrieren um die Vergütung der Krankenkassen, diese sollen konkurrieren um die Versicherten.

Albrecht zeigte auf, dass die gegenwärtig diskutierten Reformvorschläge alle auch Probleme aufwerfen. Auf der Ausgabenseite müsse man eine Politik der Kostendämpfung durch Leistungseinschränkung hinterfragen. Die Aufteilung in Grund- und Wahlleistungen stößt auf das Problem, dass wir hierfür keine operablen und konkreten Kriterien haben. Das sind letztlich politische Wertentscheidungen, die in einem permanenten politischen Abstimmungsprozess gefällt und dem medizinisch-technischen Fortschritt angepasst werden müssten.

Nur Krankheit versichern

Noch am ehesten praktikabel erscheint es, nur Krankheit als Gegenstand der Versicherung zu betrachten. Dann könnte man Leistungen wie Sterilisation, Empfängnisverhütung und Sterbegeld herausnehmen. Die wären dann privat zu versichern oder – wie im Falle von Entbindungsgeld – im Familiенlastenausgleich als gesamtgesellschaftliche Aufgaben vom Staat zu finanzieren.

Obligatorische Selbstbehalte haben neben der Finanzierungsfunktion einen

inzwischen auch empirisch nachgewiesenen Steuerungseffekt: die Inanspruchnahme sinkt. Das wäre bei der Zahl der Arztbesuche, bei denen Deutschland international an der Spitze liegt, sehr willkommen. Selbstbeteiligungsregeln sollten mit einer



Martin Albrecht: „Selbstbeteiligung wirkt vor allem im Bagatellbereich.“

Obergrenze verbunden sein, zum Beispiel 1 oder 2 Prozent vom Einkommen nicht überschreiten. Die Vermutung, dass die Patienten schwere Krankheiten aus Kostengründen verschleppen, hat sich bisher nicht bestätigt. Selbstbeteiligung wirkt vor allem im Bagatellbereich.

Auf der Seite der Einnahmen wird eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und die Einbeziehung von Kapital- und Mieteinkommen diskutiert. Der Sachverständigenrat für Wirtschaft schlägt statt dessen die Einführung pauschaler Gesundheitsprämien vor. Diese Prämie wird, das ist der Unterschied zum Kronberger Kreis, nicht nach individuellem Risiko differenziert. Wohl aber würden sich die Kas sen nach ihren Prämien unterscheiden. Derzeit würde sie bei durchschnittlich etwa 200 Euro liegen müssen.

Damit verbunden wird die Abkehr von der paritätischen Finanzierung. Der Arbeitgeberanteil wird ausgezahlt, dem Bruttolohn zugeschlagen und versteuert, ebenso die Arbeitgeberzuschüsse zur privaten Krankenversicherung. Der solidarische Ausgleich zwischen Arm und Reich würde somit aus der Krankenversicherung herausgenommen und ins Steuer- und Transfersystem verlagert. Die zusätzlichen Einnahmen des Staates müssten dazu verwendet werden, die Kluft zu schließen, die sich im unteren Einkommensbereich zwischen dem heutigen Beitrag und der Pauschalprämie ergeben würde. Referenzpunkt könnte ein Zielwert von 12-13 Prozent des Einkommens sein, den die Prämie nicht überschreiten soll. Ab dann greift das Zuschussystem. ▶



Zeichnung: Tomaschoff

Diese Reform brächte einige wichtige Fortschritte: Die Entlastung des Faktors Arbeit und die Entkoppelung von Beiträgen und Löhnen. Die Kassen wären in ihren Einnahmen von Konjunktur- und Arbeitsmarktschwankungen nicht mehr betroffen. Weil die Zuschusszahlungen über das Steuersystem finanziert werden, hätten wir die erwünschte Einbeziehung aller Einkommensarten und Progression nach dem Steuertarif. Bisher haben wir durch die Beitragsbemessungsgrenze regressive Verteilungswirkungen.

Bei der Prämie selbst wären natürlich die besser Verdienenden mit der Pauschalprämie von 200 • zunächst einmal besser gestellt als mit einem Beitragsatz von jetzt über 14 Prozent. Dagegen muss man sehen, dass Ausgliederungen aus dem Leistungskatalog und Abdecken dieser Leistungen durch private Zusatzversicherungen überhaupt keinen sozialen Ausgleich enthalten.

Mehr Staat oder mehr Markt?

Günter Neubauer, lange Mitglied des Sachverständigenrats für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, sieht in Deutschland das Problem, dass wir Fragen der Gerechtigkeit einseitig unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit diskutieren und die Dimension der Leistungsgerechtigkeit darüber vergessen. Vor jedem Reformschritt, so Neubauer, muss die Richtung geklärt werden, in die es gehen soll. Wollen wir mehr Staat oder mehr Markt? Sein Credo lautete, dass die Politik Rahmenbedingungen setzen soll, die Details müssten dann in Verträgen privat ausgehandelt werden. Und zwar, mehr als in der Vergangenheit, in Individualverträgen. Die in Deutschland dominierende korporatistische Selbstverwaltung sei marktfeindlich, Monopolverbände wie die Kassenärztlichen Vereinigungen müssten in mehr wettbewerbliche Verbände überführt werden. Versicherte müssen sich ihre Kasse wählen können und Kassen müssen sich ihre Vertragspartner wählen können. Diese Ziele seien anzustreben.

Die Lohnnebenkosten sieht Neubauer ganz oben auf der Prioritätenliste. Kostendruck im Gesundheitssystem wird seiner Auffassung nach bleiben, dafür sorgen der teure technische Fortschritt und die Alterung der Bevölkerung. Aber es muss um jeden Preis verhindert werden, dass wir über weiter steigende Beitragssätze den Arbeitsmarkt erdrosseln. Einfrieren der Arbeitgeber-



Günter Neubauer: Nicht den Arbeitsmarkt über steigende Beiträge erdrosseln.

beiträge bei einem bestimmten Prozentsatz vom Einkommen ist für ihn die erste Sofortmaßnahme, um den Druck auf die Arbeitskosten zu nehmen.

Wenn der Gesundheitssektor trotz alternder Bevölkerung in stabile Beitragssätze und Budgetierungen eingeschwängt bleibt, werden Rationierungen unausweichlich. Die Politik sollte die Menschen nicht daran hindern, mehr

Büroordnung aus dem 19. Jahrhundert:

„Jedes Personalmitglied hat die Pflicht, für die Erhaltung seiner Gesundheit Sorge zu tragen. Im Krankheitsfalle wird die Lohnzahlung eingestellt. Es wird daher dringend empfohlen, dass jeder Mann von seinem Lohn eine hübsche Summe für einen solchen Fall wie auch für die alten Tage beiseite legt, damit er bei Arbeitsunvermögen und bei abnehmender Schaffenskraft nicht der Allgemeinheit zur Last fällt.“

für ihre Gesundheit auszugeben, wenn sie das wollen (Gesundheit als höchstes Gut), aber das darf nicht länger auf den Arbeitsmarkt durchschlagen.

Weitere Reformschritte sind für Neubauer der Übergang zum Gesamteinkommen als Basis der Beiträge. Der einzelne braucht Leistungs- und Preistransparenz, aber Preistransparenz ist nur sinnvoll, wenn der Patient an den Preisen auch beteiligt wird, sonst muss er sich nicht dafür interessieren.

Karl Wilhelm Lauterbach sah durchaus Gemeinsamkeiten zu seinen Vorfahren. Nur Löhne und Gehälter als Finanzierungsbasis der Krankenversicherung zu sehen, stellt für ihn eine unbegründete Privilegierung anderer Einkommensarten dar. Auch er will An-



Karl Wilhelm Lauterbach forderte konkrete Programme für mehr Prävention.

reize und Wettbewerb stärken. Warum sollte ein Arzt, der mit hoher Qualität arbeitet und viel für seine Fortbildung tut, nicht mehr verdienen als einer, auf den all das nicht zutrifft? Aber den Wettbewerb um die Zahlungsbereitschaft der Versicherten lehnt er ab.

Bei ihm steht am Beginn der Ordnung des Gesundheitswesens ein ethisches Grundpostulat: Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft des Einzelnen dürfen kein Allokationsmittel für die Versorgung mit Gesundheitsleistungen werden. Hier und im Bereich Bildung bekannte sich Lauterbach als konsequenter Verfechter des Gleichheitsgedankens, und deshalb sieht er mehr Markt und mehr Wettbewerb insgesamt doch kritischer.

Risikofaktoren mindern

Aber sein Hauptthema ist die demografische Herausforderung. Welche Beiträge zu ihrer Bewältigung leistet mehr Versorgung, welche Beiträge leistet mehr Prävention? Wenn es uns



Zeichnung: Stauben

zum Beispiel gelingt, Herzinfarkte besser zu behandeln (bisher stirbt in Deutschland jeder zweite Patient in der ersten Woche, das ist mehr als in anderen Ländern!), stehen die Überlebenden zur Verfügung für Schlaganfälle, Krebs, Diabetes mellitus, Demenz etc. Die Risikofaktoren für diese Krankheiten überlappen sich.

Eine kleine Gruppe von Risikofaktoren wie Rauchen, Bewegungsmangel, Fehlernährung führt über Zwischenerkrankungen wie Bluthochdruck, Diabetes, Artherosklerose, Übergewicht und erhöhte Blutfette in die großen medizinischen Katastrophen: Gicht, koronare Herzerkrankungen, Diabetes mellitus, Osteoporose, Krebs. Wenn es uns gelingt, durch Aufklärung und Prävention einen dieser Risikofaktoren zu vermindern, vermindern wir das Risiko für alle diese Erkrankungen.

In der Lebenserwartung macht es keinen großen Unterschied, ob man diese Erkrankungen mit 50 oder mit 70 Jahren bekommt. Dank intensiver Behandlung lebt man heute fast genauso lange. Aber für das Individuum selbst und für die Kosten des Systems ist der Unterschied gewaltig. Für Lauterbach ist es deshalb zwingend, für Prävention nicht nur Lippenbekenntnisse abzulegen, sondern in konkrete Programme einzusteigen, bevor der demografische Wandel die Sozialsysteme mit voller Wucht trifft. ■

Karl-Heinz Willenborg

Deutsch-amerikanische Problemgemeinschaft

US-Experte vergleicht Gesundheitssysteme

So unterschiedlich die Sozialstaatskonzeptionen in den USA und Deutschland auf den ersten Blick auch aussehen, so ähnlich sind die Probleme, mit denen die Gesundheitssysteme dies- und jenseits des Atlantiks zu kämpfen haben. Kostendämpfung und Qualitäts sicherung sind hierbei die Stichworte. Und auch die Lösungsansätze weisen viele Parallelen auf.

So wird in den USA schon seit einiger Zeit praktiziert, was in Deutschland erst diskutiert und allmählich umgesetzt wird: Hausarztmodell, Kopfpauschalen im ambulanten sowie Fallpauschalen im stationären Bereich, vertragliche Leistungsfestlegung für Ärzte, Kooperationsnetzwerke zwischen Ärzten und Krankenhäusern, Vorab-Genehmigungen für bestimmte Behandlungen.

Zielsetzung des Sozialstaats

Nach Ansicht von Robert F. Rich, Professor an der University of Illinois und profunder Kenner beider Systeme, könne es kein ideales System geben. Entscheidend sei vielmehr die Zielsetzung des Sozialstaats.

Im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung für das Kollegium legte er dar, dass das deutsche Solidaritätsverständnis für US-Amerikaner oft unverständlich sei. Im Gegen

zug, so der Standpunkt einiger Kollegen, sei es schwer verständlich, dass 40 Millionen US-Amerikaner nicht krankenversichert seien. Auch diesen stehe aber eine Grundversorgung zu, welche die Untersuchung und die Stabilisierung ihres Zustandes umfasse, so Rich.



Robert F. Rich: Kenner der beiden Gesundheitssysteme in den USA und Deutschland Foto: Schwarzmeier

Identische Probleme

Im Laufe der Diskussion zeigte sich sehr deutlich, dass jedes System Vor- und Nachteile hat, aber auch, dass eine gewisse Tendenz zu ähnlichen Lösungen zu verzeichnen ist. Dies ist angesichts der nahezu identischen Probleme aber auch kein Wunder. ■

Manfred Schwarzmeier

Viele Köche verderben den Brei? Zum Glück nicht immer, jedenfalls bestimmt nicht bei der Tagung „Bürgerschaftliches Engagement und Lokale Agenda 21 im Dialog – Wege zur nachhaltigen Bürgerkommune“. Mitveranstalter bei dieser sehr gut besuchten Tagesveranstaltung waren das Bayerische Staatsministerium für Landesent-

wicklung und Umweltfragen, das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, die Ökologische Akademie Linden und Komma21 Bayern, kooperiert haben daneben Bayerischer Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag.

Die Tagung unternahm den Versuch, die beiden wichtigen Trends der bürgerorientierten

Kommune und der Lokalen Agenda 21 in gelungenen Beispielen aufzuzeigen und wenn möglich zusammenzuführen. Wir dokumentieren in gekürzter Form den Bericht von Bürgermeister Michael Pelzer über den Weg der Gemeinde Weyarn zu einer bürgerorientierten Kommune.

Karl-Heinz Willenborg

Die Tagungsdokumentation mit allen Referaten ist über die Ökologische Akademie Linden, Baiernrainer Weg 17, 83623 Dietramszell, Tel. 08027/1785 zu beziehen.

Als Download ist sie abrufbar bei Komma21 unter www.bayern.de/fu/komma21.

Nicht ohne meine Bürger

Nachhaltige Zukunftsarbeit in der Gemeinde Weyarn

Von Bürgermeister Michael Pelzer

Wie war die Ausgangslage bei uns in Weyarn? Mit zunehmender Mobilität gab es auch in den Dörfern der Gemeinde wie vielerorts einen Verlust von Infrastruktur. Der Verkehr auf der Bundesautobahn München – Salzburg und auf der Staatsstraße 2073, die die Gemeinde von Nord nach Süd durchschneidet und ins Fremdenverkehrsgebiet Schlierachtal führt, nahm immer mehr zu. Die Belastungen wurden größer, wir spürten den zunehmenden Siedlungsdruck der Städter. In 25 Minuten fährt man von Weyarn bis in die Landeshauptstadt. Das ist auch nicht weiter als von Obermenzing oder Moosach. Die Grundstücke wurden teurer und es bestand die Gefahr, dass die, die hier aufgewachsen waren, gehen mussten, weil sie von denen mit mehr Geld verdrängt wurden.

Auf all dies reagierte man hinnehmend, zunehmend resignativ, nicht gestaltend. Man zog sich ins Schneckenhaus zurück. Es wurde geschimpft. Der Blick in die Geschichte war nicht mehr intensiv. Die eigenen Werte und Stärken wurden oft nicht gesehen. Reagierte hatte man auf den Zuzugsdruck durch eine rigide Bodenpolitik, aus der sich inzwischen ein effizientes Bodenmanagement ergeben hat.

Wir sind, weil wir erkannt haben, dass wir etwas ändern müssen, zum bayerischen Dorferneuerungsprogramm gekommen. 1993 haben wir begonnen. Bürgerwerkstätten wurden flächendeckend einberufen. Dort entstanden spontan sechs Arbeitskreise. Wir haben uns Zeit genommen zur Bestandsaufnahme, Stärken und Schwächen analysiert, Potenziale gesehen und vernetzt, wir erkannten unsere Stärken. Leitbilddiskussionen folgten, aus den Leitbildern entstanden umfangreiche Maßnahmenkataloge. Dafür wurden Prioritäten erarbeitet und schließlich entstand daraus ein Gemeindeentwicklungsprogramm. Jetzt sind wir in der Umsetzung dessen, was gemeinschaftlich geplant wurde und auch dabei wieder sind alle, die mögen, einbezogen.

Prozesse von unten nach oben

Was hat sich da geändert? In diesem Prozess gab es Rückschläge, Schwierigkeiten und Frustrationen. Und dennoch wurde immer klarer,

• dass eigene Identitäten nur von vielen bewusst gemacht werden und dass das nicht von oben nach unten geht, sondern nur von unten nach oben;

• dass es dumm wäre, auf das Hinsehen können, auf das Wissen, auf die Kompetenzen und auf das Mitmachen wollen der Menschen in einer Gemeinde zu verzichten und zu glauben, der versammelte Sachverstand sei beim Bürgermeister und im Gemeinderat allein vorhanden;

• dass es tatsächlich stimmt, dass wir (alle Bewohner unserer Dörfer) wissen, was richtig und falsch ist. Dass sich das aber häufig nicht durchsetzt, weil das ehrenamtliche Engagement oft an die Wand fährt, wenn nicht die Möglichkeit der Selbstqualifizierung und der professionellen Begleitung besteht. Es ist wichtig, ehrenamtliches Engagement in professionelles Planen münden zu lassen;

• dass es eine ungeheure Stärke ist, wenn man auf die Eigenkräfte der Dörfer, der Vereine und Gruppierungen setzt, eben weil sie das Immunsystem eines Organismus Gemeinde ausmachen;

• dass dieser Weg zu einer neuen Bürger- und Sozialkultur führt.

So ist es heute selbstverständlich, dass unser Leitbild heißt: „Wir wollen die Zukunft mit dem Bürger planen“ und dass dieses Leitbild zu einer Bürgerbeteiligung auf allen kommunalen Handlungsfeldern führt.

Wie geht das in der Praxis?

Konzeptideen, Visionen und Pläne werden als frühzeitige Informationen über Bürgerversammlungen an die Bürger und an die Arbeitskreise gegeben. Die Intensität der Beteiligung richtet sich dabei nach dem jeweiligen Engagement der Menschen. Bei Themenfeldern, die nur eine Gruppe von Menschen betreffen, werden diese zu gemeinsamen Gesprächen eingeladen. (Bürgerversammlungen: Zukunftswerkstatt statt Rechenschaftsbericht) Bei überraschenden Entwicklungen, die schnelle Entscheidungen fordern (so etwas gibt es immer wieder), wird jedenfalls unverzüglich konsultativ nachgefragt. Man darf sich nicht kastrieren. Aber: Transparenz ist nötig. Die Form der Beteiligung richtet sich nach dem Thema. Das können Ortschafts- und Ortsteilversammlungen sein, Bürgerversammlungen und Diskussionsforen oder Arbeitskreise. Grundsätzlich gilt die Selbstbindung von Politik und Verwaltung an Beteiligungsergebnisse. Diese Selbstbindung findet in der Regel durch Ratsbeschluss statt. Das ist deshalb wichtig, weil die Beteiligungsbereitschaft von der Möglichkeit des Erfolges abhängt.

Neue Blickwinkel

Das Verfahren ist grundsätzlich offen. Häufig hat gerade die Bürgerbeteiligung dazu geführt, aus den Ja/Nein-Alternativen herauszukommen, weil mehr Blickwinkel in die Diskussionen einbezogen werden. Man muss aufpassen, dass keine geschlossenen Zirkel entstehen.

Die Beteiligungsverfahren werden durch regelmäßige und umfassende Information der Bürgerschaft über das monatlich erscheinende Gemeindeblatt sichergestellt. Zuweilen gibt es eigene Aufrufe für Beteiligungsveranstaltungen. Bürgerversammlungen dienen weniger der Aufzählung, was getan worden ist, sondern mehr dem Erläutern der Strukturen und Netzwerke. Die Gemeinde hat eine Teilzeitkraft angestellt, die für Arbeitskreise und Vereine, für private Gruppierungen oder auch Einzelne ständige Ansprech-

partnerin ist. Koordination ist nötig. Den Arbeitskreisen stehen der Dorfplaner und kompetente Fachleute anderer Disziplinen jeweils auf Werkvertragsebene (Historiker / Sozialpädagogen / Landschafts- und Verkehrsplaner) als professionelle Begleitplaner zur Verfügung. Ehrenamtliches Engagement wird so in die Lage versetzt, umsetzungsfähige Planungen zu erstellen.

Bürgermeister als Informationsklammer

Die Gemeinde finanziert Seminare und Fortbildungsveranstaltungen für aktive Bürgerinnen und Bürger und für die Mitarbeiter der Verwaltung. Der Bürgermeister ist die Informationsklammer zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Gemeinderatstätigkeit. Da Zusammenkünfte regelmäßig öffentlich sind, kann sich jeder zusätzlich informieren.

litik. Gut ist das nur, wenn wir es damit schaffen, richtigere, schnellere, effizientere, langfristig vorbereitete und spekulationsfreie Entscheidungen zu treffen.

Schaffen wir es schließlich auch, diese Entscheidungen umzusetzen? Wenn Umsetzungen nicht möglich sind, ergibt das in der Regel große Frustrationen. Die Umsetzung hängt einerseits von der Selbstbindung der Verwaltung an partizipativ gefundene Lösungen ab. Zum anderen aber auch davon, dass man ein effizientes Bodenmanagement hat. Kommunale Planungen haben immer irgend etwas auch damit zu tun, dass Boden zur Verfügung steht. Dies ist also die dritte Säule der bürgerorientierten Kommune.

Wir wissen, dass alle drei Säulen nicht die klassischen Methoden der Kommunalpolitik sind. Partizipation ist schwer für Politiker, die sich als gewählte Macher sehen, die alles im Griff haben und die wissen, wie es besser geht.



Bürgermeister Pelzer: Plädoyer für ein neues Politikverständnis

Die Gemeinde ist bemüht, den Umfang der Beteiligung der Bürgerschaft an Entscheidungsprozessen ständig zu erhöhen, wobei die Grenze dort zu ziehen ist, wo keine Bereitschaft besteht, sich selbst zu beteiligen. Das Freiwilligkeitsgebot ist Prinzip. Wer zu spät kommt, den bestraft zuweilen das Leben.

Ergebnis: Partizipation und professionelle Begleitplanung sind zwei Säulen einer bürgerorientierten Kommunalpo-

schwer auch für eine Einstellung, die die Gemeinde als Vollversorger für die Fährnisse des täglichen Lebens sieht, statt sie als professionelle Entwicklungsagentur zu begreifen. Manchmal wäre es hilfreich, wenn man sich an die alte Benediktiner-Regel hielte: „Bei wichtigen Entscheidungen rufe alle zusammen, weil der Herr die Gnade der Erkenntnis auch dem Jüngsten zu teil werden lassen kann.“

Professionelle Begleitplanung ist nicht einfach, weil es bedeutet, sich auf Prozesse einzulassen, die ihrerseits wieder die Bürger stark machen, statt – wie das häufig geschieht – Herrschaftswissen zu akkumulieren durch Fachgutachten, hinter denen man sich zuweilen auch verstecken kann.

Bodenmanagement heißt schließlich nichts anderes als Grund und Boden für öffentliche Zwecke, also für das Gemeinwesen verfügbar machen. Dies stößt sich mit Einzelinteressen und dem ganz natürlichen Eigennutz. Das heißt, wir müssen alle – dazu gehört natürlich auch der Bürger, der zuweilen lieber und bequemer schimpft, statt etwas zu tun – ein neues Politikverständnis lernen.

Dynamik der Langsamkeit

Und weil wir alle wissen, dass lange Eingeübtes zu ändern Zeit braucht, brauchen wir Geduld und müssen wissen, dass Rückfälle immer wieder kommen. Lernprozesse, die tradierte Verhaltensweisen ändern wollen, dauern nun mal lange. Wir müssen deshalb auch auf die Dynamik der Langsamkeit setzen. Hier geht es ja nicht um das intellektuelle Aha-Erlebnis (also um das Erkennen), sondern um das Verändern von Eingeübtem.

Kommen wir zurück nach Weyarn. Wie schaut's aus nach neun Jahren auf dem Weg zur bürgerorientierten Kommune? Viele öffentliche Aufgaben werden von Bürgern übernommen. Dazu einige Beispiele:

Es stand eine Kindertälerweiterung an. Private Vereine haben sich im Rahmen des bayerischen Programms „Netz für Kinder“ organisiert und kindergartenähnliche Einrichtungen errichtet und unterhalten. Dieses Angebot wurde von Bürgern initiiert und mit hohem Engagement umgesetzt. Mehr Vielfalt, keine höheren Kosten für die Gemeinde und die Identifizierung der Eltern mit der Einrichtung sind das Ergebnis. Heute gibt es den dreigruppigen Kindergarten der Pfarrstiftung und drei weitere Gruppen in zwei „Netz für Kinder“-Vereinen.

Die Organisation der Belegung der Sporthalle haben in Absprache mit allen Vereinen die örtlichen Sportvereine übernommen. Das führt auch zur Vernetzung der Sportvereine mit anderen, die die Halle auch brauchen. Kommunale Leistungen finanzieller Art werden für diese Übertragung nicht erbracht. Die Möglichkeit der Selbstgestaltung ist ausreichende Motivation.

Bei der Erstellung von vereinseigenen Einrichtungen (Vereinsheime, Sportstätten etc.) stellt die Gemeinde regelmäßig nur das Grundstück zur Verfügung. Die Investitionen auf dem Grundstück sowie der Unterhalt der erstellten Gebäude tragen jeweils die Vereine. Dies ist gemeinschaftliche Übereinkunft. Zuschüsse der Gemeinde werden an die Vereine in bescheidenem Maße regelmäßig nur für die Jugendarbeit gegeben. Ergebnis dieser Übertragung von Aufgaben an die Vereine ist der sorgfältige Umgang mit den erstellten Gewerken – und mehr Selbstbewusstsein der Vereine. Das führt auch zu gut gefüllten Kassen, weil Geld verdienen nötig ist.

„Partizipation ist schwer für Politiker, die sich als gewählte Macher sehen, die alles im Griff haben und die wissen, wie es besser geht.“

In allen vier Feuerwehrhäusern, die die Gemeinde erstellt hat, wird Pflege und Unterhalt in vollem Umfang ausschließlich durch die jeweiligen Feuerwehrvereine getragen. Neuinvestitionen werden von den Feuerwehren bezuschusst.

Auf knapp der Hälfte der gemeindlichen Fläche organisieren private Wasserversorgungsverbände die Wasserversorgung der dort wohnenden Bürger. Zuschüsse seitens der Gemeinde gibt es hier nicht. Es handelt sich dabei vor allem um die Flächen, in denen bauliche Entwicklung nur untergeordnet in Zukunft stattfinden soll. Nicht nur der Wert des Wassers wird so deutlich, sondern auch die dörfliche Identität wird gestärkt. Der Ruf nach der Gemeinde und dem Staat wird schwächer.

Neue politische Kultur

Die Übernahme öffentlicher Aufgaben ist ein Stück Selbstverständlichkeit geworden. Dabei spielt gegenseitiges Vertrauen eine große Rolle. Dieses Vertrauen erlaubt Verzicht auf bürokratische Kontrollmechanismen, die ihrerseits wieder Misstrauen säen würden und dadurch lähmen.

Wir sind auf dem Weg, eine neue politische Kultur zu entwickeln: Der Bürger ist nicht mehr Kunde, geschweige denn Untertan, sondern Mitgestalter. Die Politik nimmt Abschied von dem Bild, dass der Politiker der Macher ist, der alles im Griff hat. Wir spüren die Faszination des Politikerbildes, der Förderer und Ermöglicher, der umsetzende Begleiter und zuweilen auch Ideengeber und – wenn es gut geht – immer Motor ist.

Das hat weitere Folgen: Gemeinden sind damit auch nicht mehr Vollversorger für alle Probleme des täglichen Lebens, sondern professionelle Entwicklungsagenturen, die den Menschen den Raum geben, in dem sie Mut zum Träumen haben und ihre Kraft zum Handeln nutzbar machen können, in dem Vielfalt in Freiheit zugelassen wird.

Wir reden heute viel, auch im allgemeinen Sprachgebrauch, über Gesundheit. Dörfer und Gemeinden sind Organismen. Die Eigenverantwortung der Menschen stärkt das Immunsystem der Gemeinden und macht sie so zukunftsfähig. Zukunftsfähig durchaus im Sinne einer Agenda 21. Da wird ganz selbstverständlich darüber nachgedacht, wie es gelingt, die Bedürfnisse der heutigen Generation so zu befriedigen, dass die Bedürfnisse der kommenden Generation nicht gefährdet werden. Da beginnt man ganz selbstverständlich mit räumlichen und sachlichen Verknüpfungspunkten in Richtung einer übergreifenden regionalen Landentwicklung. Da wird vernetzt, gedacht und gehandelt und versucht, dorfspezifische Fragen mit Phantasie und Intelligenz statt nur mit Geld zu lösen.

Ich hoffe, wir gehen den Weg weiter. Erfolg werden wir dann haben, wenn wir allen immer anbieten „mitzugehen“ ■

Michael Pelzer
pelzer@weyarn.de

Staatsbewusstsein und Föderalismus in Bayern nach 1945

von Dr. Karl-Ulrich Gelberg

Die Tatsache, dass die bayerische Regierung auf die Entstehung der aus bayerischer Perspektive sehr zentralistisch ausgefallenen Weimarer Verfassung 1919 nur geringen Einfluss genommen hatte, bildete nach dem Krieg die Negativ-Folie für die umfassenden strategischen Planungen in der Bayerischen Staatskanzlei im Vorfeld der Grundgesetzberatungen, die schließlich zur Errichtung des Bundesrates führten. In identischer Frontstellung wie in Weimar, nur erfolgreicher, betrieben die bayerischen Staatsregierungen nach 1945 eine dezidiert föderalistische Politik, um Bayern in einem Bundesstaat Mitwirkungsmöglichkeiten und Freiraum zugleich zu sichern.

Staatlichkeit als Konstante

Der dahinter stehende Anspruch historisch legitimierter Staatlichkeit auch im Rahmen des Bundesstaates Bundesrepublik Deutschland stellt über die Epochenzäsur eine prägende Konstante bayerischer Politik dar.

Zur Stärkung des Staatsbewusstseins dienen ganz unterschiedliche Instrumente, die bewusst von den Staatsregierungen eingesetzt werden: Neben der Verwendung staatlicher Symbole (Staatsflagge, Staatswappen, Verdienstorden, Bayernhymne, Freistaatbegriff) ist an erster Stelle die staatliche *Repräsentation* zu nennen. Ebenso trug eine gezielte *Geschichtspolitik* zur Konstituierung eines bayerischen Staatsbewusstseins bei. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand vom Kriegsende wuchs auch die identitätsstiftende Bedeutung von Parteien.

Bei der Tagung „Grundfragen der politischen Bildung“ mit Seminarlehrkräften an bayerischen Realschulen sprach Dr. Karl-Ulrich Gelberg, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, über Staatsbewusstsein und Föderalismus in Bayern seit 1945. Sein Vortrag wurde für den Akademie-Report gekürzt. Ungekürzt erscheint er in: Politische Studien Nr. 392, Nov./Dez. 2003, herausgegeben von der Hanns-Seidel-Stiftung.



Karl-Ulrich Gelberg erläuterte die unterschiedlichen Instrumente zur Herstellung eines bayerischen Staatsbewußtseins.

Identität durch Repräsentation

Ein zentraler Aspekt, staatsbayerische Identität zu stiften, kommt der staatlichen Repräsentation zu, ganz besonders durch den Bayerischen Ministerpräsidenten. Nachdem das Amt eines Staatspräsidenten bei den Verfassungsberatungen 1946 nicht verwirklicht wurde, besitzt der Ministerpräsident auch die Funktionen eines Staatsoberhaupts.

Alfons Goppel, zwischen 1962 und 1978 16 Jahre lang als Ministerpräsident an der Spitze des Freistaates Bayern, wirkte besonders stilprägend. Überregionale Medien zeichneten unter Überschriften wie „Grüß Dich Gott, hoher Herr!“ oder „Der Kini kommt“ das Bild eines repräsentationsfreudigen Landesvaters, dessen Auftritte als antiquiert beschrieben wurden, – ohne Verständnis für die politische Dimension dieses Tuns.

Der Oberpfälzer Goppel besuchte wie seine Vorgänger auf bis in die sechziger Jahre selbstverständlich als „Staatsbesuche“ bezeichneten Reisen immer wieder die bayerischen Städte und Landkreise und sorgte für eine bis dahin unerreichte Präsenz im Lande. In Nordrhein-Westfalen stellten solche Landesbereisungen durch Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) im Unterschied zur bayerischen Praxis eher die Ausnahme dar. Das Programm solcher Landkreisbesuche war in der Form mit der Teilnahme an Stadtrats- und Kreistagssitzungen, Firmenbesuchen, der Eintragung ins goldene Buch, Führung in Heimatmuseum und Wallfahrtskirche sowie landestypischer Brotzeit durchaus traditionell. Nicht nur 1966 beim Besuch in Altötting gehörten auch Schulkinder, die schulfrei hatten und Fähnchen schwenkten, Mädchen, die knicksend Blumensträuße überreichten und Gedichte aufsagten, zur Begrüßungszeremonie.

Zwei Strophen des Gedichts, das so ähnlich wohl auch in die Prinzregentenzeit gepasst hätte, seien kurz zitiert:

*Der Bauer auf dem Feld,
der Mann in den Fabriken,
sie alle wissen es genau,
warum heut Fahnen
unsere Straßen schmücken
in den geliebten Farben
Weiß und Blau.*

*Des Bayernlandes erstem
bestem Sohne
gilt Gruß und Jubel
bei uns allerwärts.
Trägt München auch des
Bayernlandes Krone,
hier in Altötting
schlägt sein Herz.*

Dass sich der dynamische Wandel Bayerns in der Regierungszzeit Goppels ohne Brüche, Krisen und gesellschaftliche Konflikte vollzog, liegt unter anderem am Festhalten an traditionellen Formen staatlicher Repräsentation, wobei man sich durchaus auch monarchischer Stilmittel bediente.

Gewissermaßen eine ergänzende monarchische Legitimität verleiht den Staatsregierungen das in den 50er Jahren gefundene Arrangement mit dem Haus Wittelsbach. Die Vertreter des einstens regierenden Hauses sind bei Wahrung der Vorrangstellung der gewählten Inhaber demokratischer Staatsämter regelmäßig in die staatliche Repräsentation eingebunden und dokumentieren durch ihre Anwesenheit die staatliche Kontinuität Bayerns.

Identität durch Geschichtspolitik

Geschichtspolitik als Mittel zur Integration der unterschiedlichen Landesteile sowie der Stärkung des staatlichen Souveränitätsanspruchs hat in Bayern Tradition: Sie gehörte zum zentralen politischen Instrumentarium der bayerischen Monarchen Ludwig I. und Maximilian II. im 19. Jahrhundert. Bereits damals war das Ziel gewesen, ein spezifisches gesamtbayerisches Staatsbewusstsein zu etablieren. So weit es nicht im Widerspruch zum staatsbayerischen Primat stand, gab es

daneben weiterhin auch für die Pflege lokaler und regionaler Identitäten ausreichenden Spielraum.

Dies fand nach 1945 eine Fortsetzung; bayerische Staatsregierungen und Landeshistorie gingen dazu eine enge Verbindung ein. Wie notwendig eine Erneuerung des Staatsbewusstseins nach 1945 war, wird deutlich, wenn man weiß, dass damals in Franken und Schwaben durchaus nennenswerte partikularistische Strömungen existierten. Eine Identifikation mit dem Land Bayern war dort keineswegs selbstverständlich.

Die größte Bedrohung der bayerischen Identität ging in der Nachkriegszeit jedoch von den zwei Millionen Flüchtlingen aus, die bei der einheimischen Bevölkerung starke Angst vor Überfremdung auslösten. Erst die anspringende Konjunktur des Wirtschaftswunders schuf die Voraussetzung für eine Politik, bei der die Staatsregierungen die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen übernahmen (1954/1962), die als „Bayerns vierter Stamm“ be-

Lehrerbildung und den Unterricht. Viele seiner Schüler waren auch beim Bayerischen Rundfunk tätig. Sie prägten das landeskundliche und landesgeschichtliche Profil des Senders, dessen integrierende Wirkung nicht zu unterschätzen ist. Anfang der sechziger Jahre gab Spindler, wiederum im Zusammenwirken mit Hoegner, mit einer Denkschrift auch den entscheidenden Impuls zur Schaffung des Hauses der Bayerischen Geschichte. Die Anträge im Landtag dazu kamen von SPD und Bayernpartei; generell kamen die Beiträge zur Förderung des bayerischen Staatsbewusstsein aus dem gesamten demokratischen Parteispektrum.

Identität durch Parteien

Die Landesverbände der Union hatten sich zunächst lose in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, der auch die CSU angehört hatte. Dem späten Zusammenschluss der CDU zur Bundespartei am 21. Oktober 1950 in Goslar blieb die CSU dann jedoch fern: Auf dem Höhepunkt der Konkurrenz zur Bayernpartei hätte ein solcher Schritt ihre föderalistische Glaubwürdigkeit erschüttert.

Der Aufstieg der Bayernpartei zum schärfsten Konkurrenten der CSU hatte sich vor dem Hintergrund der Flüchtlingsproblematik sowie der Bonner Grundgesetzberatungen vollzogen. Es war ihr unter dem vor allem in bäuerlichen Kreisen sehr populären Vorsitzenden Joseph Baumgartner gelungen, sich als ernsthafte Alternative zur CSU und eigentliche „föderalistische Landes- und Heimatpartei“ zu positionieren.

„Die Flüchtlinge entpuppten sich zunehmend als die ‚besseren‘ Bayern.“

zeichnet wurden. Dies ermöglichte den Flüchtlingen den Fortbestand kultureller Identität bei gleichzeitiger Zugehörigkeit zum größeren staatlichen Ganzen. Dabei entpuppten sich die Flüchtlinge zunehmend als die „besseren Bayern“, der Wille zur Assimilation ließ sie zu Vorzeige-Staatsbayern werden.

Die Abwehr der Erosionsbewegungen in Franken und Schwaben und die Integration der Flüchtlinge waren wichtige Aufgaben der staatlich gelenkten Geschichtspolitik. Deren Schlüsselfigur war der Historiker Max Spindler (1894-1986). 1947 gelang ihm mit tatkräftiger Unterstützung des bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner die Gründung des Instituts für Bayerische Geschichte an der Universität München. Über die Absolventen des Instituts erreichte das staatsbayerische Geschichtsbild Spindlers die

Gemessen an den Maximalforderungen der BP verblassten die Erfolge des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard und der CSU, die sie 1949 vor allem mit der Schaffung des Bundesrates bei den Beratungen des Parlamentarischen Rates für die föderalistische Sache errungen hatten.

Den Bundestagswahlkampf bestritt die BP als dezidierte Anti-Flüchtlingspartei mit geballter bayerischer Symbolik und Parolen wie „Freies Bayern oder preußische Provinz?“. Das Wahl-

ergebnis bescherte ihr aus dem Stand 20,9% und halbierte das CSU-Ergebnis von 1946 auf nur noch 29,2%. Hätte sich die CSU just in diesem Moment mit der CDU zusammengeschlossen oder im Mai 1949 dem Grundgesetz zugestimmt, sie hätte ein für allemal die Chance verspielt, der Bayernpartei die Position der bayerischen Landes- und Heimatpartei jemals wieder streitig zu machen.

Unter der Führung Wilhelm Hoegners, 1945/1946 und 1954/1957 Bayerischer Ministerpräsident, verfolgten auch die Repräsentanten der bayerischen SPD stets eine föderalistischere Linie als die Bundespartei. Hoegners Bemühungen, analog zu CSU und BP eine weitgehend selbständige bayerische SPD zu begründen, wurden jedoch von Emissären des Parteivorsitzenden Kurt Schumacher vereitelt. Diesen strukturellen Nachteil konnte die SPD in späteren Jahrzehnten auch durch die intensive Verwendung weiß-blauer Symbolik nicht ausgleichen.

Konkurrent Bayernpartei

Den ausschlaggebenden Faktor für die Entwicklung der CSU zu *der* bayerischen „Staats-Partei“, die in den fünfziger Jahren eben noch keineswegs abzusehen war, stellt ihre Präsenz seit Gründung der Bundesrepublik auf Landes- und Bundesebene dar. Dies hatte sie zunächst mit der BP gemein, die allerdings bereits 1957 wieder aus dem Bundestag herausfiel. Im Unterschied zu ihr gehörten Repräsentanten der CSU wie Fritz Schäffer als Bundesfinanzminister jedoch auch seit 1949 an prominenter Stelle den Bundeskabinetten Konrad Adenauers an. Im guvernemental geprägten Bayern war die Repräsentation der Landesinteressen in der Bundesregierung ein konkurrenzloses Plus. Seit Ende der fünfziger Jahre wurde schließlich allein die CSU auf Landes- und Bundesebene eindeutig als bayerische Partei wahrgenommen. Dabei hat sie es auch in Zeiten der Opposition in Bonn verstanden, ihr Profil noch zu schärfen, vor allem in Konkurrenz zur sozialliberalen Koalition (1969-1982). ■

Amerikanische Bilderkultur und Kulturbilder

Schlaglichter von der ersten „Teacher Academy“

Die Kenntnis voneinander und das Verständnis füreinander verbessern – diese Ziele setzte sich die von der US-Botschaft in Deutschland initiierte „Teacher Academy“ zu „U. S. History and Politics and Visual Culture“, zu der Englischlehrer aus dem gesamten Bundesgebiet nach Tutzing kamen. Die visuelle Darstellung und mediale Verarbeitung politischer und historischer Ereignisse wie des amerikanischen Bürgerkriegs oder der Anschläge vom 11. September 2001, aber auch sozialer Entwicklungen wie die Suburbanisierung amerikanischer Städte waren Themen der ersten Veranstaltung in einer Reihe, die unter der Leitung von Botschaftsmitarbeiterin Martina Kohl in den kommenden Jahren in verschiedenen Bundesländern fortgesetzt werden soll. Generalkonsul Matthew M. Rooney betonte in seiner Begrüßung die Bedeutung der visuellen Kultur für das Verständnis der Vereinigten Staaten.



US-Generalkonsul Rooney (rechts) eröffnete die „1. Teacher Academy“. Neben ihm Martina Kohl und Udo Hebel

Wie schwierig es ist, „visual culture“ zu definieren, zeigte der Münchner Literaturwissenschaftler Peter Schneck, der sich dem Begriff aus theoretischer Sicht näherte. Er zeigte, dass sowohl „Vision“ ein kulturelles Konstrukt sei, als auch umgekehrt „Kultur“ an sich erst ein Produkt unserer Sichtweise ist. Verdeutlicht wurde dieser Zugang anhand der Darstellung der amerikanischen „suburbia“ in der zeitgenössischen Photographie, den Print-

medien, in Film und Fernsehen sowie in der Literatur durch Udo Hebel, Amerikanist an der Universität Regensburg, die neben der Bayerischen Amerika-Akademie auch an der Organisation und Durchführung der Tagung mitwirkte. Hebel präsentierte sowohl die heile Welt der amerikanischen Mittelschicht in den Suburbs als auch die negativen Aspekte einer „Scheinwelt“, der Kritiker oft Gruppenzwang und Uniformität vorwerfen. Hebel konnte

den Lehrkräften dabei auch viele konkrete Hinweise für den praktischen Unterricht anbieten. Weiterhin ging er auf die strukturellen Veränderungen der Suburbs ein und warf die Frage auf, ob „Suburbia“ wirklich etwas genuin Amerikanisches sei oder ob es sich dabei nicht auch um ein globales Phänomen handeln könnte.

Georgia Barnhill, Andrew-Mellon-Curator of Graphic Arts bei der „American Antiquarian Society“ stellte den Teilnehmern ihr derzeitiges Projekt vor, eine Ausstellung mit dem Titel „You Must Remember This: American Historical Images, 1850-2006“. Die Kuratorin konzentrierte sich dabei auf die Zeit der 1850er-Jahre und diskutierte anhand vieler graphischer Beispiele die Bedeutung von Bildern bei der Entstehung eines Nationalbewusstseins.

Effekte der Bilder

Die Entwicklung von visueller Kommunikation vom Zweiten Weltkrieg bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts, von „Newsreels to Nightly News“ behandelte John Dean von der Universität von Versailles. Er zeigte dabei die große Spannbreite der Effekte visueller Medien, die von reiner Information bis hin zur Beeinflussung sozialer Verhältnisse reichen. Mit dem Voranschreiten der Technologisierung sei visuelle Kultur zunehmend politisch geworden. So wurde einer auch in Europa ausgestrahlten Dokumentation zweier französischer Kameramänner aus einem Turm des einstürzenden World Trade Centers im amerikanischen Fernsehen eine Einführung durch den Schauspieler Robert de Niro vorangestellt, die vor allem die heldenhafte Rolle der dokumentierten Feuerwehrleute in den Mittelpunkt rückte – eine Absicht, die der unkommentierten europäischen Fassung in dieser Deutlichkeit nicht zu entnehmen war.

Auch Christoph Ribbat, Historiker und Amerikanist von der Universität Bonn, beleuchtete das Phänomen der Beeinflussung durch Bilder. In seiner Präsentation „Keeping it Real: The History of African American Photography“ zeigte er, mit welchen Mitteln viele von Weißen gemachte Fotografien oftmals Vorurteile gegenüber

Schwarzen schaffen oder stützen. So werden diese in solchen Bildern häufig kriminalisiert, während schwarze Photographen African Americans in alltäglichen Situationen einer funktionierenden Gemeinde darstellen. Laut Ribbat ist und war „Race“ ein omnipräsentes Thema, dass immer auch noch mit Tabus behaftet ist.

Daran knüpfte auch Jörg Nagler, Historiker von der Universität Jena an, als er „The American Civil War in Photography, Caricature, and Print“ diskutierte und die Darstellung und Verbreitung von Kriegsbildern in den Massenmedien als ein modernes Element dieses Krieges zeigte. Karikaturen und Cartoons dienten nicht nur der Berichterstattung, sondern werden durch die Veröffentlichung an der sog. ‚Heimatfront‘ auch als politisches Mittel der Einflussnahme auf die öffentliche Meinung eingesetzt.

Einen Rückblick über ein Jahrhundert Hollywood und amerikanische Kultur bot Tom Doherty von der Brandeis University. Unter dem Titel „American All on Screen: From Dec. 7 to Sept. 11“ berichtete er von dem Ende des 20. Jahrhunderts einsetzenden Trend, thematisch zu den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges zurückzukehren.

Zugleich herrsche trotz aller Neigung zum Melodramatischen eine Scheu, die Ereignisse des 11. September zu verfilmen. Allerdings werde das Heldenhumor von Männern in Uniform verstärkt zelebriert. Allgemeine Werte der amerikanischen Kultur würden von der Filmindustrie medial verstärkt.

Unter der Leitung von Nachwuchswissenschaftlern kamen in drei Workshops auch Eigeninitiative und Kreativität der Lehrer zum Einsatz. Während die Düsseldorfer Literaturwissenschaftlerin Astrid Böger die Teilnehmer an die visuelle Darstellung der amerikanischen Weltausstellungen heranführte, arbeitete der Workshop von Ingrid Gessner (Universität Regensburg) zu den schwierigen Beziehungen zwischen Japanern und den Amerikanern. Karsten Fitz, ebenfalls von der Universität Regensburg, bot einen Workshop „Remembering the American Revolution“ an. Dass die Beschäftigung mit visueller Kultur nicht auf einer theoretischen Ebene verharrete, sondern ganz praktisch geleistet und durch eine Vielzahl an Film- und Bildbeispielen angereichert wurde, versteht sich dabei schon fast von selbst. ■

Birgit Bauridl, American Studies Department, Universität Regensburg

Im Land des Lächelns

Prof. Dr. Peter Hampe hielt im Rahmen eines Kooperationsprojektes der Universität Bayreuth an der Shanghai International Studies University (SISU) eine zweiwöchige Vorlesung über „Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik“. Die Veranstaltung fand im Rahmen eines Studienganges statt, in dem chinesische Studierende neben dem Germanistik-Studium Wirtschaftswissenschaft studieren. Das Grundstudium findet – unterstützt durch deutsche Gastprofessoren – in Shanghai statt.



Deutlich erkennbar: Peter Hampe im Kreis seiner – offenkundig in der Mehrzahl weiblichen – chinesischen Studenten in Shanghai.

Zwischen Politikanalyse und „Tümpelsafari“

Breites Themenspektrum beim Besuch der InWEnt-Mitarbeiter aus Ostdeutschland

Die zahlreichen engen Verbindungen zwischen den Freistaaten Bayern, Sachsen und Thüringen spiegeln sich auch in den kollegial-freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bildungseinrichtungen in Tutzing und Leipzig-Zschortau, Erfurt und Dresden (InWEnt) wider. Die Tutzinger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten im Januar 2002 das Internationale Bildungszentrum in Leipzig-Zschortau besucht. Jetzt waren die Kolleginnen und Kollegen nicht nur aus Leipzig-Zschortau, sondern auch aus Erfurt und Dresden zum Gegenbesuch in Bayern. Im Seminar standen – neben der Begegnung mit den „Tuzingern“ – aktuelle politische Themen im Zentrum des Interesses.

Drei Tage nach der bayerischen Landtagswahl analysierte eine Diskussion mit drei Politikerinnen das Ergebnis sowie seine Wirkungen auf Bayern, Deutschland und die Welt. Ursula Männle (CSU) führte den Erfolg ihrer

ten Oppositionspartei und versprach, der CSU weiter mit politischen Alternativen im Genick zu sitzen.

Der stellvertretende Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, Andreas Bönte (Report München), analysierte

die schwierige „Beziehungskiste“ zwischen Politik und Medien. Er wollte sich und anderen Journalisten keine Mitschuld geben lassen am schlechten Erscheinungsbild der Politiker. Er und seine Kollegen bildeten nur ab, was sie vorfinden. Und das sei nun mal eben nicht alles positiv.

Akademiedozent Michael Piazolo analysierte die Auswirkungen der EU-Erweiterung speziell auf Sachsen und Thüringen und erläuterte Inhalt und Bedeutung des EU-Verfassungskonvents und der neuen europäischen Verfassung.

Im Zentrum für Umwelt und Kultur (ZUK) des Klosters Benediktbeuern erklärte Bildungsreferent Martin Blösl die Aufgaben dieser ökologischen Bildungsstätte. Mit der praktischen Arbeit konnten sich die InWEnt-Kolleginnen und -Kollegen vor Ort in den Biotopen des Zentrums vertraut machen. Bei einer „Tümpelsafari“ wurde allerlei Getier gefangen, professionell bestimmt und anschließend wieder in die Freiheit entlassen.

Die Kolleginnen und Kollegen aus Thüringen und Sachsen nahmen auch aus der Arbeit der Politischen Akademie, sei es im Bildungsbereich oder im Tagungsstättenmanagement, aus dem Hotel oder dem Restaurant, wertvolle neue Ideen und Anregungen für die Arbeit zuhause mit. Alle waren sich einig: das war von Anfang bis Ende in jeder Minute eine gelungene Begegnung zwischen zwei Einrichtungen der Erwachsenenbildung und zwischen Menschen aus Ost- und Westdeutschland. Gerade solche Treffen tragen einen erheblichen Teil bei zum Gelingen des Prozesses der inneren Einheit Deutschlands.



Analyse der bayerischen Landtagswahl: Prof. Ursula Männle (CSU), Moderator und Tagungsleiter Michael Schröder, Ulrike Mascher (SPD) und Ruth Paulig von Bündnis90/Grüne (von links).

Fotos: ms

Partei sowohl auf landes- wie auch bundespolitische Gründe zurück und stellte natürlich die Person des alten und neuen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber als wichtigen Pluspunkt ihrer Partei heraus. Die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Ulrike Mascher konnte und wollte die historische Niederlage ihrer Partei nicht schön reden und machte neben der zu geringen Wahlbeteiligung auch den „Berliner Gegenwind“ für das Ergebnis verantwortlich. Ruth Paulig von den GRÜNEN freute sich sichtlich über das gute Abschneiden der zwei-



Mit Sieb und Kescher auf „Tümpelsafari“

Für 2004 ist ein Besuch der Tutzinger bei InWEnt in Berlin geplant. Damit soll die in Leipzig-Zschortau begonnene Zusammenarbeit dieser beiden Bildungseinrichtungen weiter gestärkt und fortgesetzt werden. ■

Michael Schröder

Werner vom Busch im NORDBAYERISCHEN KURIER vom 26. August 2003:

Liliputaner, die den Staat fesseln

„Deutschland in guter Verfassung?“ Die Frage stellen sich viele Bürger jeden Morgen bei den Nachrichten, wenn wieder einmal eine schlechte Nachricht die andere jagt. Diese Frage war auch Thema einer Tagung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, in Zusammenarbeit mit der Kurt-Schumacher-Gesellschaft. Der Titel war doppeldeutig, denn es ging, so der Untertitel auch um die „Modernisierung des Bundesstaates“. Von der ist letztlich viel die Rede: Von einer Lähmung durch die Konflikte zwischen Bundestag und Bundesrat ist da die Rede, von einer Veränderung der Verfassung, um die Arbeitsfähigkeit der Bundesregierung sicher zu stellen. Dabei wird gerne auch einer Einschränkung des Föderalismus das Wort geredet, hin zu mehr Kompetenzen für den Bund. Das allerdings, so machte es Professor Wolfgang Benz, Historiker und Publizist aus Berlin deutlich, wäre eine Verkennung geschichtlicher Tatsachen.

Modernisierung des Staates

Die sehen nämlich historisch so aus, dass nicht die Länder eine Veranstaltung des Bundes waren, sondern der Bund wurde von den Ländern ins Leben gerufen. Der Föderalismus, so Benz, war den Ländern als Organisationsprinzip eines neuen Deutschland von den Alliierten vorgegeben. Also waren die Länder, so in der Podiumsdiskussion zur „Rolle der Länder in einem föderalen Gefüge“ der Vize-Präsident des Bayerischen Landtages, Helmut Ritzer, die konstituierenden Elemente des Staates Bundesrepublik Deutschland. Ritzer machte auch gleich deutlich, welche eingebauten Mängel sich aus



Siegmar Gabriel: „Gefesselt in der Konsensfalle“

dieser Konstruktion ergaben: Zum einen die konkurrierende Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern. Zum anderen der Finanzausgleich. Der Bund, so Ritzer, habe in der konkurrierenden Gesetzgebung „systematisch abgeräumt“. Den Ländern war es insofern recht, als damit die Zuständigkeit des Bundesrates bei der Bundesgesetzgebung immer mehr erweitert wurde. Damit hatte die Exekutive, also die Regierungen der Länder, einen kontinuierlichen Machtzuwachs, die Länderparlamente hatten das Nachsehen, denn ihre Kompetenzen schrumpften. Im Bundesrat sind nämlich nur weisungsgebundene Vertreter der Exekutive, nicht aber der Legislative vertreten. Damit sei die Auflösung der „Kompetenzklarheit“ und, seit Mitte der neunziger Jahre, die parteipolitische Vereinnahmung des Bundesrates verbunden. Ritzer forderte die Wiederherstellung der Klarheit der konkurrierenden Gesetzgebung. „Der Bund muss nicht alles regeln, so wie Europa nicht alles regeln muss“, meinte der Vizepräsident. Bei dieser Podiumsdiskussion fiel auch das harte Wort von

der „organisierten Verantwortungslosigkeit“ bezüglich der Gesetzgebungsmaßinerie. Es würde, meinte der Ministerialdirektor im Innenministerium, Ernst Hüper, unter den „vertikalen Fachbrüdern“, also den Ministerialen von Bund und Ländern, stark gekugelt. Die würden sich meist einig. Das Ergebnis seien dann Gesetze, die bis zur Unkenntlichkeit nivelliert wären. „Das ist die Konsensdemokratie“, meinte Hüper. Man müsse raus aus der „politischen Verflechtungsfalle“ durch eine Entflechtung der gesetzgeberischen Kompetenzen. Hier sieht der frühere niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel derzeit allerdings nur „nervöse Trippelschritte auf der Stelle“. Man sei „gefesselt in der Konsensfalle“, die Bundesrepublik sei nicht nur ein Rechts-, sondern auch ein Rechtswegestaat, der alles, aber auch alles regeln wolle. „Die Liliputaner fesseln den Staat“, so Gabriel. Er stellte jedoch auch fest, dass die Probleme nur oberflächlich etwas mit der Verfassung zu tun hätten.

Die „Feigheit der Politik“

Der ewige Verweis auf die Verfassung und damit auch auf den Föderalismus solle „nur die Feigheit der Politik kaschieren“. Die derzeitige Handlungsunfähigkeit in der Politik, der Reformstau – Paradebeispiel ist hier die Steuer- und Rentenreform – sei eine Folge politischen Handelns und nicht der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Gabriel sieht in der Zukunft wohl eine Änderung, hin zugunsten von mehr Kompetenzen der Länder. Es gehe hier um Macht und er sehe derzeit niemanden, der bereit wäre, Macht abzugeben. Und genau das monierte der frühere Chef des Landes Niedersachsen: Es gäbe eben nur eine Diskussion um Entflechtung, eine große patriotische Diskussion, beispielsweise um die Neugestaltung der Länder in der Bundesrepublik, daran fehle es, so das Fazit von Sigmar Gabriel.

Gerd Otto berichtet in der MITTELBAYERISCHEN ZEITUNG vom 12. November 2003:

Türken wollen von EU endlich ehrliche Antwort

Soll Europa ein Christen-Club bleiben?

„Seien Sie ehrlich, sagen Sie, was der wahre Grund ist, warum wir nicht der EU beitreten sollen!“ So sehr Dr. Mesut Yilmaz, der ehemalige Ministerpräsident der Türkei, auch seine deutschen Gastgeber beschwore – für ihn selbst gibt es längst keinen Zweifel mehr. „Weil wir Muslime sind“ beantwortet Yilmaz spürbar resigniert die selbst gestellte Frage und weiß sich dabei mit der Mehrheit seiner Landsleute einig. Wie der prominente Politiker im Rahmen einer Tagung der Akademie für Politische Bildung Tutzing in Regensburg erläuterte, haben sich zwar 75 Prozent der Türken für den Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union ausgesprochen, doch gleichzeitig glauben zwei Drittel von ihnen, dass es dazu nicht kommen wird, „die meisten geben als Ursache ihrer Skepsis religiöse Gründe an“.

Yilmaz appellierte an die EU, die Türkei nicht länger hinzuhalten und fand mit dieser Forderung besonders bei Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger einen bereiteten Fürsprecher. Wäre er bei jenem CSU-Parteitag, an dem seine Partei den EU-Beitritt der Türkei einstimmig abgelehnt hatte, dabei gewesen, hätte es zumindest eine Gegenstimme gegeben, betonte Schaidinger, der es schlicht „falsch“ nannte, die Türkei nicht in die EU aufzunehmen. Schaidinger verwies in diesem Zusammenhang vor allem auf die hohe Integrationsfähigkeit der Türken, die etwa in Regensburg die größte Gruppe unter den Ausländern darstellt.

Enttäuscht dagegen war der türkische Gast von der Position des stellvertretenden CSU-Vorsitzenden und Vizepräsidenten des Europäischen Parla-

ments Dr. Ingo Friedrich, habe die Türkei doch das von ihm propagierte Angebot eines „Sonderstatus“ längst abgelehnt. Auch im Interesse der EU sollte die Entscheidung zugunsten eines Beitritts der Türkei („zu denselben Bedingungen wie bei allen anderen Kandidaten“) bald fallen, zum einen mit Blick auf den globalen Faktor gegenüber den USA und andererseits, um den „Kampf der Kulturen“ zu verhindern.

Ingo Friedrich dagegen widersprach dieser These und erinnerte daran, dass Europa natürlich kein „christlicher Club“ sein will und dass seit dem Kopenhagener Gipfel im Jahre 1999 als Beitrittsvoraussetzung ein weiteres Kriterium dazugekommen sei, nämlich der Nutzen für Europa. Und dies sei für ihn der springende Punkt: Die Organisierbarkeit der EU! Wenn die Türkei beitritt, was machen wir dann mit der Ukraine und anderen, fragte Friedrich und gibt selbst die Antwort: „Dann kracht das Gebäude zusammen!“ Man müsse den Mut haben, Grenzen zu formulieren, warnte Friedrich vor einer finanziellen, organisatorischen und geographischen Überdehnung der Union. Eine Aufnahme des 62-Millionen-Volkes der Türkei, dessen Bruttosozialprodukt je Einwohner nur bei 22 Prozent des EU-Durchschnitts liegt, sei für Europa nicht zu verkraften.

Dass es sich bei dem neuen Europa nicht um einen „Christen-Club“ handeln könne, darauf machte Dr. Gerhard Schmid (SPD), ebenso wie Friedrich Vizepräsident des Europäischen Parlaments, mit dem Verweis auf die zehn Millionen Muslime deutlich, die schon heute innerhalb der EU leben. Skepsis äußerte der Sozialdemokrat Schmid in

Abweichung von der Position seiner eigenen Partei („ich stehe ja nicht unter der Knute von Franz Müntefering“) darüber, ob die Beitrittsverhandlungen tatsächlich bereits 2004 beginnen sollten. Präsidenten und Außenminister, so befürchtet Dr. Schmid, neigen allzu häufig dazu, unter Missachtung objektiv vorhandener Schwierigkeiten es einfach mal zu versuchen. Und da könnte die demokratisch verfasste EU und die soziale Marktwirtschaft ebenso auf der Strecke bleiben wie Dr. Schmid auch davor warnen zu müssen glaubt, die Europäische Union zu stark auszudehnen: „Nach Bulgarien und Rumänien sollte eigentlich Schluss sein!“

Weltgeschichtliches Ereignis

Der Freiburger Universitätsprofessor Dr. Dieter Oberndörfer dagegen hob besonders die Tatsache hervor, dass die Türkei schon weit länger als Rumänien auf die Zugehörigkeit zur EU hoffe, und ließ die Bemühungen selbst der griechischen Nachbarn nicht unerwähnt. Kein Argument gegen einen EU-Beitritt der Türkei sollte das Sprachenproblem sein, auch wenn der Sprachendienst der EU schon heute eine Milliarde Euro jährlich verschlinge. Im übrigen, so ließ Oberndörfer im Rahmen der von Prof. Dr. Heinrich Oberreuter geleiteten Diskussion keinen Zweifel aufkommen, stelle die moderne Türkei einen weitaus besseren Partner dar als manche osteuropäischen Nachbarn. Vor allem aber: „Der EU-Beitritt der Türkei würde als Vereinigung zweier Kulturen ein weltgeschichtliches Ereignis darstellen!“

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Januar

4-1* 19. – 21. Januar

Umbau des Sozialstaats – bleibt die Gerechtigkeit auf der Strecke?

Tagung mit dem Deutschen Hausfrauen-Bund Bayern (DHB)

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

4-2 23. – 24. Januar

Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft

Leitung: Michael Piazolo

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

5-1* 26. – 30. Januar

Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

5-2 26. – 30. Januar

Nachgefragt – Interviewtraining für Volontäre

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung

und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Februar

6-1* 2. – 6. Februar

Der Sozialstaat in der Krise

Lehrerfortbildung für Gymnasium und Berufliche Schulen mit der Akademie Dillingen

Leitung: Peter Hampe / Günter Grunick

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

6-2 2. – 4. Februar

Globalisierung und soziale Arbeit

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Berufsverband für Sozialarbeit,

Sozialpädagogik und Heilpädagogik e.V. (DBSH)

Leitung: Klaus Grosch / Miriam Wolf

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

6-3 6. – 7. Februar

Die Demokratie – Funktion und Gefährdungen

Symposium zum Gedenken an Manfred Hättich

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

7-1 9. – 11. Februar

Bühne frei – Kultur im Lokalteil

Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

7-2 9. – 12. Februar

Schülerforum Politik: Der Nahost-Konflikt

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Miriam Wolf

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

7-3 13. – 15. Februar

Masculinities in American History

Jahrestagung mit der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien (Sektion: Historiker)

Leitung: Klaus Grosch / Jürgen Martschukat / Olaf Stieglitz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

8-1 16. – 20. Februar

Zukunftsperspektiven der EU

Leitung: Michael Piazolo / Claudia Reichmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

8-2 * 18. – 20. Februar

Ethische Aspekte der internationalen Beziehungen: Die nordirische Realität

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Mit anschließender Exkursion nach Nordirland (21. – 28. Februar)

Leitung: Miriam Wolf / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

März

10-1 1. – 3. März

American Elections 2004

Politische Landeskunde für Englischlehrkräfte an Gymnasien

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München

Leitung: Klaus Grosch / Hans-Jörg Prebeck

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

10-2 1. – 3. März

Das Gesundheitswesen am Tropf – Fakten und Reformansätze

Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung

und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

10-3 5. – 6. März

Patient Deutschland

Aspekte einer Re-Vitalisierung der deutschen Wirtschaft

Leitung: Peter Hampe

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

10-4 3. – 5. März

„Illegal“ in Deutschland

Kommunen vor einem verdrängten Problem

Leitung: Klaus Grosch / Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

11-1 8. – 10. März

Die Würde des Menschen war unantastbar

Leitung: Heinrich Oberreuter / Miriam Wolf

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

11-2 12. – 14. März

Rituals and Education: intercultural perspective

In Zusammenarbeit mit der National-Louis-University, Heidelberg/Chicago

Leitung: Klaus Grosch / Fletcher DuBois

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

12-1 15. – 16. März

Bei Politik: Funkstille?

Workshop für Lokalradiojournalisten

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

und dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder / Berthold Flöper

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

13-1* 22. – 26. März

Epochenwechsel – Deutschland in den 80er und 90er Jahren

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

13-2* 22. – 26. März

Geschlechterrollen zwischen Tradition und Wandel

Lehrerfortbildung für die Hauptschule mit der Akademie Dillingen

Leitung: Peter Hampe / Siglinde Schweizer

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Heike Bäuerle
Renate Heinz
Sybille Haug
Mireen Hilbert
Ina Rauš
Karin Sittkus

H.Baeuerle@apb-tutzing.de
R.Heinz@apb-tutzing.de
Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Azubi@apb-tutzing.de
I.Raus@apb-tutzing.de
K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

April

14-1* 1. – 3. April

Die neue Sozialpolitik der Agenda 2010 – Folgen für die kommunale Sozialplanung

Tagung mit dem Verein für Sozialplanung

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

17-1* 19. – 21. April

Neue Wege des Sozialkundeunterrichts

Seminarlehrer/innen am Gymnasium

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

17-2* 19. – 21. April

Neue Wege des Sozialkundeunterrichts

Seminarlehrer/innen an Realschulen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

17-3* 19. – 21. April

Grundfragen der Staatsbürgerlichen Bildung

Seminarlehrer/innen am Gymnasium

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Claudia Reichmann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

17-4 23. – 25. April

Umzingelt von der „Meute“? Politikgestaltung in der Mediokratie

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen

Leitung: Heinrich Oberreuter / Michael Schröder / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

18-1 27. – 29. April

Die Zerstörung des Menschen – Psychiatrie im Dienste totalitärer Herrschaft

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

Nach Redaktionsschluss neu erschienen:

Heydemann, Günther / Oberreuter, Heinrich (Hrsg.)

Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte, Strukturen,

Institutionen und Verhaltensweisen

Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2003, Bd. 398

Bestell-Nr. 1.398 Internet: www.bpb.de

Akademie für Politische Bildung
Postfach 220, 82323 Tutzing
Pressesendung DPAG
„Entgelt bezahlt“, B 42656

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter wurde in Berlin erneut zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen gewählt. Vorträge hielt er u.a. am Katholischen Akademikerzentrum München („Reformstau in der Bundesrepublik – Ist die Verfassung schuld?“), am Dartmouth College Hanover/New Hampshire („Politik in Deutschland“) sowie am Zentrum für Deutschland- und Europastudien Sofia („Sprache und Nation“). In New Orleans moderierte er anlässlich der 27. Annual Conference der German Studies Association das Panel „Föderalismus und Diktatur“, in Mainz anlässlich des Kongresses der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft das Forum: „Wieviel Sozialstaat brauchen wir? Wieviel können wir uns leisten?“

KOLLEGIUM

Prof. Dr. Peter Hampe hielt im Auftrag der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung Vorträge über die „Zukunft der Erwerbsarbeit“ (in Hoyerswerda) und über „die wirtschaftlichen Folgen des Terrorismus“ (in Schmochitz bei Bautzen und in Wittichenau bei Hoyerswerda).

Dr. Michael Piazolo wurde auf der Jahrestagung des Landesverbands Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. In ihren Ämtern bestätigt wurden **Prof. Dr. Peter Hampe** als Landesvorsitzender und **Dr. Michael Schröder** als Schriftführer.

KURATORIUM

Daniela Philippi (Landtagskorrespondentin des Bayerischen Rundfunks) ist seit Oktober 2003 Nachfolgerin von **Renate Köcher** (Institut für Demoskopie, Allensbach).

In den Landtag wiedergewählte Abgeordnete:

Prof. Dr. Walter Eykmann, Wolfgang Hoderlein, Karin Radermacher, Prof. Dr. Gerhard Waschler.

BEIRAT

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag wird ab November 2003 von **Christine Kamm, MdL**, vertreten. Sie tritt die Nachfolge von **Elisabeth Köhler, MdL a.D.**, an.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme; (aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing